



ELEPHANTEN KLO

10.4. - 24.4.78

NACHRICHTEN VON UNTEN

Direktverkauf: —.50 DM
Handel und Versand: 1.— DM

Für Giessen und Umgebung

Jr 11

Keine Wohnraumzerstörung!

**Nicht in Giessen und
auch nicht anderswo !!**



"SOMMERLADS MÖBEL BRINGEN SONNE INS HAUS' UND LEUTE HINAUS"

schreiben die Bewohner des Flutgraben 4 und innerhalb weniger
Stunden sammelten sie erneut mehr als 350 Unterschriften
FÜR DEN ERHALT DES FLUTGRABEN 4 !!
(ausführliche Berichte auf den S. 8 - 11)

THIEUPROZESSE

Bericht von der Informationsveranstaltung zu den Bonner Thieu-Prozessen.

Am Diensatg, den 14. 3. fand in der Gaststätte "Boxerclub" (Weststadt) die Informationsveranstaltung zu den Bonner Rathausprozessen statt (s. Elefantenklo Nr. 8), zu der ca. 25 Interessierte gekommen waren. Der aus Gießen betroffene Angeklagte berichtete, wie er willkürlich von der Polizei aus den vor dem Bonner Rathaus versammelten Demonstranten herausgegriffen, vorübergehend festgenommen und geschlagen wurde, was als Folge eine Anklage gegen ihn wegen "schweren Landfriedensbruchs" hatte. Er wies darauf hin, daß mit den Prozessen nicht nur aus der breiten Solidaritätsbewegung gegen den Vietnamkrieg vereinzelt Herausgegriffene isoliert und verurteilt werden sollen, sondern daß es den Ermittlungsbehörden gleichzeitig darum geht, die heute existierende Solidaritätsbewegung mit dem Kampf der Völker der 3. Welt, bsp. mit den Völkern des Südlichen Afrikas, einzuschüchtern und zu kriminalisieren.

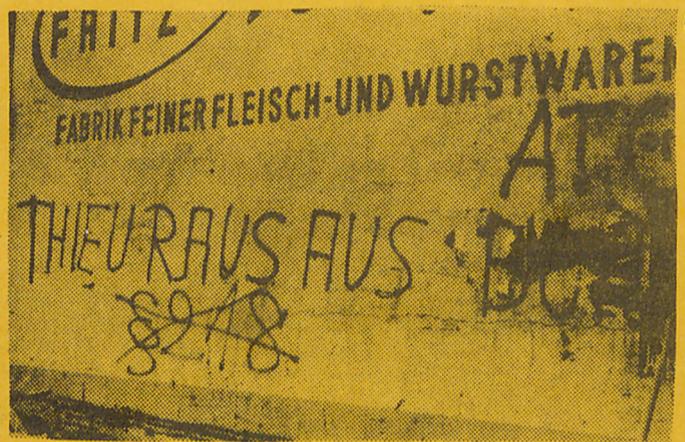
Die Vertreter des Komitees zur Unterstützung der Angeklagten berichten darüber, wie von Seiten des Gerichts versucht wird, den Verteidigern der Angeklagten eine ausreichende Vorbereitung auf die Prozesse unmöglich zu machen. Obwohl diese bereits seit anderthalb Jahren in regelmäßigen Abständen bei den Gerichten volle Akteneinsicht verlangt hatten, haben sie erst jetzt - 4 Wochen vor dem Prozeß - insgesamt 40kg (!) Akten erhalten, die sie bis zum 6. April durchgearbeitet haben sollen. Daneben wird versucht, einzelne Rechtsanwälte, gegen die z.Zt. ein "Ehrengerichtsverfahren" mit dem Ziel des Berufsverbotes läuft, erst überhaupt nicht zu diesem Verfahren zuzulassen, was eine weitere Einschränkung der Verteidigung bedeutet.

Zur bisherigen Solidaritätsarbeit wurde berichtet, daß in Düsseldorf, Köln und Bonn mehrere Diskussionsrunden und Veranstaltungen stattgefunden haben und daß eine Solidaritätserklärung u.a. bisher von Ingeborg Drewitz, Karl-Heinz Roth und Prof. Sigrüst unterschrieben worden sei. Als nächster Höhepunkt ist eine große Solidaritätsveranstaltung unter dem Titel "Thieu-Prozesse, Menschenrechte, demokratische Bewegung" geplant, die am 8.4. in Köln stattfindet.

RUSSELLBANDE AUF DEM SELTERSWEG

- In solidarisch-nachbarschaftlicher Konkurrenz, z.B. zu den Flutgrabenleuten,
- im Kampf um die Aufmerksamkeit derjenigen, die außer der Einkaufsliste auch noch etwas mehr im Kopf haben, z.B. Mißtrauen gegenüber unseren Massenmedien,
- flankiert von dem scheinbar sehr eindrucksvollen Portrait des Herrn Russell, war die Russell-Gruppe auch mal wieder mit einem Info-Stand auf dem Seltersweg vertreten. Im Unterschied zu dem Aktionstag im März waren provokative Anpöbeleien und emotional-polemische Diskussionen seltener; es überwogen sachliches Interesse oder auch schlichte Unmutsäußerungen über "diesen unseren Staat".

Für die Aufarbeitung und Veröffentlichung der Ergebnisse der ersten Sitzungsperiode und die Vorbereitung der zweiten (Zensur, Strafverfahren) hoffen wir noch auf die Mitarbeit weiterer Individuen; die Gruppen, die uns in der letzten Zeit so tatkräftig unterstützt haben, arbeiten ja auch noch an anderen Schwerpunkten. Ü b r i g e n s: wir hören uns demnächst zusammen das Tonbandprotokoll der Pressekonferenz an, der Termin wird noch bekanntgegeben. Und noch was: die Sonder-ID's Nr. 1 - 9 sind in der ESG erhältlich!



(Diese Anti-Thieu-Parole - 1973 gemalt - zierte bis vor kurzem eine Wand in der Nähe der Johannes-Kirche)

Als ein erfreuliches Ergebnis unserer Veranstaltung ist die Geldsammlung von ca. 100,- DM zu sehen, die zur Unterstützung der Angeklagten eingesetzt wird. In der nächsten Zeit werden wir kontinuierlich über die Prozesse berichten.

AUF ZUR DEMO GEGEN LEHRER- ARBEITSLOSIGKEIT

Im Rahmen zentraler "Kampfmaßnahmen" verschiedener GEW-Landesverbände findet auch in Hessen eine Demonstration statt. Außer Demonstrationen nichts gewesen. Das kann man/frau der GEW mit Recht vorhalten. Doch das hilft wenig. Für die Demonstration am 21.4. in Kassel sprechen zwei Dinge besonders:

1. Die Demo findet im Vorfeld des hessischen Landtagswahlkampfes statt. Massive Proteste könnten die von den Wählerstimmen abhängigen SPD/FDP-Politiker bewegen, noch (ein letztes Mal) zusätzliche Stellen für Lehrer locker zu machen. Diese Stellen werden in den Schulen dringend gebraucht! Wir sollten durch unsere Teilnahme an der Demo die letzte Chance wahrnehmen, nochmal halbwegs wirkungsvoll gegen die Lehrerarbeitslosigkeit zu demonstrieren.

2. Die Demonstration wird u.a. unter Forderungen durchgeführt, die heutzutage in den Gewerkschaften (und gerade in der GEW) nicht mehr üblich, weil politisch unangepaßt sind. Wir halten sie für unterstützenswert (die Forderung nach "Recht auf Arbeit" tut in diesem Fall da keinen Abbruch):

- FÜR MEHR FREUDE AM LERNEN UND LEHREN.
- GEGEN STRESS, UNLUST UND RESIGNATION.
- FÜR DIE PÄDAGOGISCHE FREIHEIT DES LEHRERS.
- GEGEN EINSCHÜCHTERUNG UND DUCKMÄUSERTUM.

Also Freundinnen und Freunde aller Jugendlichen und des Lehrerstandes, Lehrerinnen und Lehrer aller Klassen (angehende und "fertige"), Schülerinnen und Schüler vereinigt Euch! Abfahrt der Busse am Freitag, den 21.4. um 13.30 Uhr ab Messeplatz/Ringallee.

IMPRESSUM

Herausgeber: ELEPHANTENKLO-Redaktion
verantwortlich für diese Ausgabe:
Uli Halm, Großen Linden

Redaktionsadresse (vorläufig):
Redaktion ELEPHANTENKLO
c/o AStA, Leihgesterner Weg 16
Tel.: 0641/ 72143

Redaktionssitzung:
Jeden Sonntag, 16.00 Uhr
ESG, Henselstraße 7

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich
Redaktionsschluß
für diese Ausgabe: 6.4.1978
für die nächste Ausgabe: 20.4.1978

Druck: Kurt Walker, Weigelstr. 4
6300 Gießen-Klein Linden

Auflage: 1000

Inhalt

Keine Wohnraumzerstörung....	01
Meldungen	02
Wohnraumzerstörung (Forts.)..	08
WM in Argentinien	12
Russell-Tribunal	13
Psychiatrische Laienhilfe im PKH	17
Anti-AKW-Gruppe informiert .	18
Sozialhilfe für Studenten? .	20
Iranisches Neujahrsfest	21
Kleinanzeigen	22
Veranstaltungskalender	23
Gruppentreffs	26
Aufruf zur GEW-Demo	28

NOTSTANDSGESETZE UND §STAATSNOTWEHR

"Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand verfügt."

- Carl Schmitt -

...unter diesem Motto und mit dem Mäntelchen der "Rechtssicherung" behängt, wurden 1968 die Notstandsgesetze verabschiedet.

10 Jahre hatte eine breite Opposition gegen die verschiedenen Notstandsermächtigungen gekämpft, als dann einige Organisationen umkippten, war der Widerstand gebrochen.

10 Jahre danach, was bewirken diese Ausnahmeermächtigungen heute?

Die Notstandsgesetze - Rechtsnormen für die besonderen Erfordernisse des Ausnahmezustandes - Vollmachten auf Zeit, die nicht mißbraucht werden können ... so jedenfalls der damalige Innenminister Ernst Benda ("schwarz auf weiß" 1.68)

Heute:

"... wenn die Anschläge fort dauern, wenn der Terror nicht einzudämmen ist, ist ein solcher Notstand nicht mehr auszuschließen." - der bayrische Innenminister Alfred Seidl (Interview in der "Quick" Nr. 47, 10. - 16. 11. 77, Seite 15) -

Der Generalsekretär der CDU Heinrich Geißler fordert den Einsatz der Bundeswehr im Inneren - zur Entlastung der Polizei bei der Terroristenfahndung (FR Nr. 61. vom 25. 3. 78)

Währenddessen läßt eine SPD/FDP-Regierung überwachen, werden Berufsverbote erteilt, wird Widerstand mit Hilfe von Schadensersatzprozessen gebrochen ...

Die im Ausnahmezustand möglichen Ermächtigungen sind längst überflüssig geworden.

Blind schlägt ein Staat um sich.

Blind? - die wissen was sie tun, es geschieht mit Überlegung.

Die Zusammenhänge, politischen Hintergründe und Folgen zu zeigen, ist eine Veranstaltungsreihe in diesem Semester.

Sie läuft innerhalb einer Reihe "Alternative Rechtswissenschaft" der "Arbeitsgemeinschaft Alternative Rechtswissenschaft" in der juristischen Fachschaft. Das Projekt wird vom AStA und der Vereinigung Demokratischer Juristen mitgetragen.

Die Einladung zu den Referaten mit anschließender Diskussion richtet sich nicht nur an die Studenten aller Fachbereiche.

Das ist keine Juristenveranstaltung!

Terminplan (die einzelnen Veranstaltungen werden jeweils durch Plakate nochmals angekündigt)

Do, 20 April Jürgen Seifert, Hannover
"Kampf gegen vorverlegte und überverfassungsgesetzliche Notstände!"

Mi, 26 April Sebastian Cobler, Darmst.
"Verpolizeilichung"

n. n. Wolf-Dieter Narr, Berlin
"...ein bischen übergesetzlicher Notstand"

27. Juni Wolfgang Abendroth, Frankfurt
n.n.

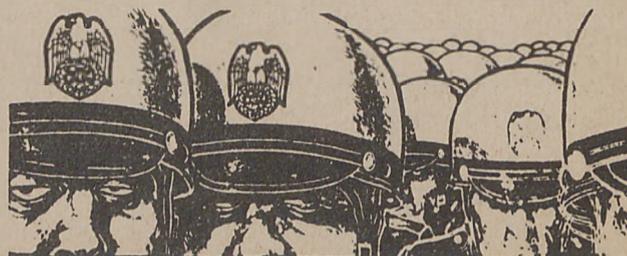
Do, 29. Juni Ulrich Preuß, Bremen
"...ein Staat wehrt sich"

Do, 6. Juli Dieter Sterzel, Oldenburg
"Lauschangriffe"

Die Veranstaltungen finden regelmäßig im Hörsaalgebäude des Juridicums, Licherstr. 74 statt. Beginn jeweils 20.00 Uhr s.t.!

(im Veranstaltungsplan können sich noch Veränderungen ergeben.)

Nochmal - Ihr seid herzlich eingeladen!



ZIVILDienst



Die SELBSTORGANISATION DER ZIVILDienst-LEISTENDEN veranstaltet am Donnerstag, dem 13. April, 19.30h, eine Info-Fete im Otto-Eger-Heim.

Für uns werden auftreten:

Klaus der Geiger aus Köln und der Offenbacher Liedermacher Klaus Spanuth.

Eintritt: 99 Pfennige

- Wir wollen das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes über die freie Gewissensentscheidung an diesem Tage kommentieren,
- über Streikaktionen, die am 14. April laufen werden (eine Stunde Warnstreik, falls das Urteil negativ ausfällt), informieren,
- über die Gießener ZDL-Arbeit berichten und informieren. U.a. ist ein Kollege vom DRK strafversetzt worden, weil er angeblich "unrasiert" Dienst leisten wollte.
- außerdem eine Dokumentation mit Dias vom ZDL-Streik geben, der Anfang des Jahres bundesweit lief (in Gießen streikten 100 ZDLs),
- eine Tombola veranstalten, um unsere Streikkasse zu füllen. (Wir brauchen noch "Gewinne" für die Tombola, z.B. leicht kaputte Fernseher u.a., kann auch Donnerstag abend mitgebracht werden.)

EINE ZENSUR FINDET NICHT STATT?

Im Rahmen von Innenstadtproblematik nach den Kommunalwahlen wurden für das hessische Regionalfernsehen drei Filme gedreht.

- a) Wiesbaden
- b) Frankfurt
- c) Lahn

Die beiden ersten Beiträge wurden Anfang März in der Hessenschau gesendet.

Der über Lahn nicht.

Begründung des verantwortlichen Programmleiters auf Anfrage von Frankfurter Rundschau und Gießener Allgemeinen Zeitung: Der Film sei nicht rechtzeitig fertig geworden, politische Gründe gebe es nicht.

Der Regisseur des Filmes stellte bei einem Anruf die Sache etwas anders dar:

Der Film ist 48 Stunden vor Sendetermin fertig gewesen.

Der Film wurde vom Intendanten ungesehen abgesetzt. Ungesehen deshalb, weil den Intendant an seinem Urlaubsort Lanzerode einige lebenswürdige Telefonanrufe noch lebenswürdigerer CDU-nichtfernstehender Mitbürger erreichten.

Mittlerweile ist der Film vom Programmleiter wieder freigegeben und wurde am 06. April (in der Hessenschau) ausgestrahlt.

Wir haben ihn uns angesehen und fragen uns:

Wovor hatten diese lieben Leute Angst(?)

STREIKS IN POLEN

Am Donnerstag den 27. 04. findet eine Veranstaltung des FB 03, der Studentenschaft und des Sozialistischen Osteuropakomitees zu "Arbeiterstreiks in Polen" statt. Als Referent kommt Edmund Baluka, ehemaliger Streikführer der "Adolf Warski"-Werft in Stettin bei den Arbeitsniederlegungen und Unruhen 70/71, der jetzt in Frankreich lebt.

Es wird auf Videoband der Film über das Treffen der Werftarbeiter mit dem 1. Sekretär der Polnischen Arbeiterpartei, Edward Girek, gezeigt, auf der Baluka die Streikforderungen gegenüber Girek vorträgt. (Baluka hat diesen Film mitiniziert)

Anschließend wird er eine Einschätzung der Streiks 70/71 und der aktuellen politischen Situation in Polen geben. Danach ist die Diskussion eröffnet.

PUPILLE MUSSTE DICHT MACHEN!

der tod wird kommen
und deine augen haben...

Scheinwerfer, Schilf, Schrumpfkopf -
Schreib- und Nähmaschinen, Schmalztopf -
Schmetterlinge hinter Glas.

Der Ofen ist aus, der Topf ist leer -
Ein Wasserhahn tropft.

Primelchen im Bierspülbecken.

Die Stühle strecken Beine komisch him-
melwärts,

Die Sofas sind versessen.

Ein Aschenbecher ist zerbroechen.

Staub und Rauch, in den Bildern an der
Wand.

Das Lachen ist verstummt.

Die Plastikblume welkt.

Ein paar Daten nur hat er mir sagen kön-
nen, er wollte keine Worte mehr verlie-
ren. Bedankt hat er sich.

Am 15. 10. 72 wurde die Pupille eröffnet,
nach 5 Jahren 6 Monaten und zwei Wochen
am 31. 3. 78 geschlossen. Es gab in
Gießen keine Kneipe, die so stark und
dazu persönlich von dem Wirt geprägt
wurde. Geholfen haben ihm damals, als
er mit einer Augenverletzung in der Kli-
nik lag, Freunde, Studenten. In seiner
Kneipe fand Henry sein Zuhause, konnte
Sich-sein.

Henry hatte keine Gäste, er hatte Publi-
kum. Die Kneipe war Plattform, wurde
Bühne. Eine kleine, liebe Kneipe.

Leute von der Uni, vom Theater und aus
dem Berufsalltag waren gern in der Pu-
pille, fanden sich angesprochen von ei-
nem Typ, der nicht mit Klischees nach-
zuzichnen ist.

Im septemder 1976 schien das Ende gekom-
men zu sein, die Kneipe brannte total
aus. Doch ohne Stilbruch ging es inner-
halb kürzester Zeit weiter. Damals hat-
ten sich Leute mitverantwortlich enga-
giert, solidarisch wurde gehandelt.

Und dann gefeiert.

Bier, Apfelkorn, Chillisuppe und Musik,
Schmalzbrote.

Tscha, das gibt es jetzt nicht mehr.
Bestimmte nachbarliche Interessen er-
möglichten keine Verlängerung des Pacht-
vertrages.

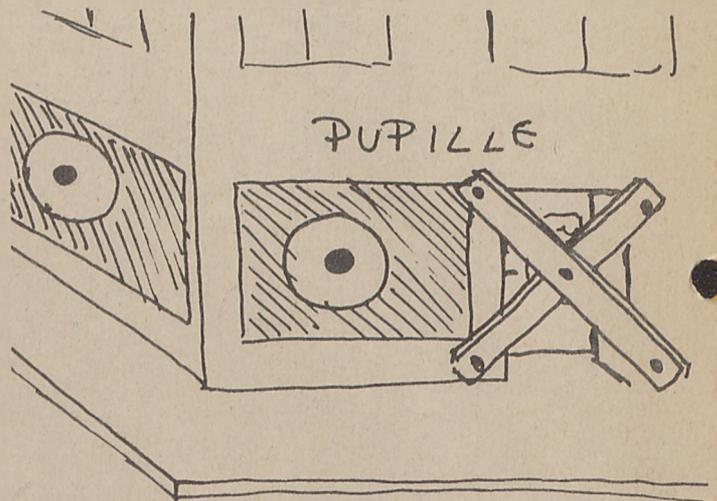
Ämter, Büros, Institutionen zeigten we-
der Entgegenkommen noch Verständnis.

Obwohl Henry's Arm kräftig -
war er doch nicht lang genug.

Immer wieder das alte Spiel:
Einer, - allein -, schafft es nicht.

Vielleicht, hoffentlich, macht Henry
die Augen
und 'ne neue, alte Pupille auf.

richie



NEUE FOLK- INITIATIVE

LESERBRIEF:

Liebe Genossen,

Ihr fragt im Elefantenklo nach 'Initia-
tiven' die es noch in Gießen gibt. Nun,
wir sind dabei, eine 'Folkinitiative'
in Gang zu bringen. D.h. eine Art von
Club für Folkmusic aller Länder, mit dem
Ziel, interessierten Musikern und auch
Passiven da einen Meetingplatz zu geben.
Es soll versucht werden, die gegensei-
tige Kommunikation etwas mehr voranzu-
bringen. Es ist nicht nur geplant, der
Musik zu fröhnen, sondern wir wollen
uns ebenso mit der Kultur und den poli-
tischen Verhältnissen der Länder beschäf-
tigen. Also dies in kurzen Worten. Wir
sind noch im Entstehen, haben auch (noch)
keine große inhaltliche Konzeption, das
Ganze soll auch nicht in eingezwängter
Vereinsmeierei enden.

Treffpunkt: Jeden Freitag um 4.30 Uhr
mittags im Jugendzentrum Kanzleiberg 9
(Musikraum). Nächster geplanter Event:
Folkmeeting 11. - 13. Mai dortselbst.
Also Interessierte sind gern gesehen.

LESERBRIEF ZUR RÄTSELECKE

Die Rätsel-seite im letzten Klo fordert meinen Unmut heraus:

Ich find sie so ziemlich überflüssig.

Es wird dem Klo auch nach (immerhin!) 10 Nummern (wir müssen dich verbessern, es sind einschließlich der Nullnr. bereits elf Hefte) in regelmäßiger Folge nicht gelingen, die bürgerliche Presse zu ersetzen, sondern bestenfalls zu ergänzen. Und das ist auch garnicht seine Aufgabe (und Chance). Nicht die Konkurrenz mit der bürgerlichen Presse ist zu suchen (au weia Leute, die sind doch viel besser), sondern es ist eine Alternative herauszuarbeiten. Das bedeutet andererseits, daß man nicht das gleiche macht, wie die Bürger, nur besser (?), sondern anders.

Was uns die Bürger eben ganz bestimmt nicht abnehmen, was aber andererseits für uns z.Z. sehr dringlich ist, ist es, der total zersplitterten Linken eine Infrastruktur zumindest schon mal auf der Informationsebene zu schaffen. Mir schein nämlich zur Zeit an arbeitenden und arbeitsfähigen Gruppen in vielen "heißen" Bereichen kein Mangel zu sein. Nur ist deren gegenseitige Unterstützung und Koordination durch große Isolation voneinander sehr schlecht oder meist nicht vorhanden. Dadurch ist auch die Kontinuität qualitativ guter und wichtiger Arbeit gefährdet.

Deshalb würde ich die Rätsel-seite im o. a. Sinne verwenden und ganz unten links einen Hinweis auf irgendein Scheiß-Rätselblatt anfügen.

Kurt

NEUES TONBILDWERK MAROKKO

Nach der "Farnlandfahrt" im November vergangenen Jahres kommt Klaus Heinitz nun mit einem neuen Tonbildwerk in die Kongresshalle:

MAROKKO - Oasen am Rande der Sahara

"Einst, als Berge und Täler entstanden, kam eine Nomadenfrau namens Tudga mit ihrer Familie und ihren Herden aus der Wüste um in die Berge zu ziehen. Doch deren undurchdringliche Kette bot keinen Durchlaß und so lagerten sie voller Verzweiflung auf einem anliegenden Hochplateau. Des nachts träumte Tudga, daß die Erde sich auf tue und sie mit ihrer Familie und ihren Tieren hineinstürze. Als sie erwachte, sah sie im Halbdunkel des heraufziehenden Tages, daß das Gebirge sich gespalten hatte und daß sie am Grund einer Schlucht lagerten, aus der ein Fluß entsprang. Das Wasser des Todra, wie er heute heist, gilt noch immer als wundertätig." Dieser Mythos über die Besiedlung der Atlasländer durch die Berber mutet an wie ein Märchen aus 1001 Nacht. In den entlegeneren Winkeln des höchsten Gebirges Nordafrikas leben die Berber noch heute in uralten Lebensformen und Zusammenhängen. Wie sich dieses Leben gestaltet und in welcher Umgebung, das ist Thema dieses Tonbildwerkes.

Dargestellt werden u.a. das Leben der Schlöh und der Beraber-Berber, das Tal der Ammeln im Anti-Atlas, Hochzeit bei den Ait-Atta nahe dem Seenplateau, die Sandwüste bei Merzouga, die Königsstädte Fès und Marrakesch.

Elektronische Diaüberblendung synchronisiert mit Sprache und Stereomusik ermöglichen einen durch seine Extravaganz bestechenden Vortrag.

Montag, 17. April, 20 Uhr Kongresshalle

Eintritt: Schüler, Studenten, Zivildienstleistende 2.-- DM
sonst 4.-- DM

THEE



Spezialitäten

Giessen Plockstr. 14
Passage

FLUTGRABEN 4 DARF NICHT ZERSTÖRT WERDEN

Die Bewohner des Flutgraben 4

6300 Gießen, 7.4.78
Flutgraben 4

An den
Magistrat der Stadt Lahn,
Berliner Platz 1
6300 Lahn 1

Betr.: Antrag der Fa. Sommerlad auf Genehmigung der Zweckentfremdung des Hauses Flutgraben 4

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie wir auf Anfrage beim Amt für Wohnungswesen der Stadt Lahn am 22. 03. 78 erfuhren, ist dort erneut ein Antrag der Fa. Sommerlad auf Genehmigung der Zweckentfremdung des Hauses Flutgraben 4 eingegangen.

Die Fa. Sommerlad hat dieses Haus, ebenso wie die Häuser Flutgraben 3, Bahnhofstr. 64 und andere Häuser in diesem Viertel, aufgekauft, mit der Absicht, sie abzureißen und an ihre Stelle Geschäftsräume und Parkplätze zu stzen oder sie sonstwie umzufunktionieren. Um zu gegebener Zeit die Häuser reibungslos räumen zu können, wurden schon vor 5 Jahren (1973) die dort wohnenden alteingesessenen Gießener Familien mit finanziellen Abfindungen und guten Worten in andere Wohnungen in Gießen und Umgebung umgesetzt. Vermietet wurde dann an ausländische Arbeiterfamilien und studentische Wohngemeinschaften. Bei gleichzeitiger Verdopplung der Mietsätze wurden nur die niedrigsten Reparaturen, um die gut erhaltenen Häuser verlottern zu lassen, und so ein Argument mehr in der Hand zu haben, vom Magistrat die in Gießen zur Zweckentfremdung von Wohnraum erforderliche Genehmigung zu bekommen. Die Vermietung der Wohnungen an ausländische Arbeiterfamilien und Studenten erfolgte also nicht, wie die Fa. gerne behauptete, aus sozialen Gründen. (So äußerte Sommerlads Prokurist Stein im Gespräch mit einigen Mietern: "Wir hätten die Häuser ja auch 3 Jahre leerstehen lassen können, Gardinen an die Fenster und Blumen davor, und keiner hätte etwas gemerkt"). Soziale Gründe waren es also nicht, vielmehr geschäftspolitische und taktische. Zudem wollte man noch möglichst viel Gewinn aus den Wohnungen herausholen. Am 25. 3. 77 sandte Sommerlad Kündigungsschreiben an die 40 Bewohner der Häuser Flutgraben 3 und Bahnhofstraße 64, größtenteils ausländische Arbeiterfamilien, sowie an die 20 studentischen Bewohner des Hauses Flutgraben 4. Den Kündigungen fehlten jedoch jegliche Begründung, es war lediglich von "baulichen Veränderungen" der Häuser die Rede.

Daher waren diese und alle darauffolgenden Kündigungen Sommerlads ungültig. Im Frühsommer 77 stellte die Fa. Sommerlad beim Magistrat Anträge auf Genehmigung der Zweckentfremdung der Wohnhäuser Flutgraben 3 und 4 und Bahnhofstr. 64.

Die Absichten der Fa. Sommerlad wurden uns damals jedoch aus Gesprächen mit dem Prokuristen Stein bekannt: Abriß der drei Häuser, Erweiterung des Flutgrabens und weiteres Möbelpavillon anstelle von Flutgraben 3 und Bahnhofstr. 64, kombiniertes Park- und Büro- (vielleicht auch Wohn-) haus anstelle von Flutgraben 4. Diese Absichten sind aber nichts anderes als weitere Zerstörung von Wohnraum in der Gießener Innenstadt, denn es handelt sich um guten Wohnraum, wenn Sommerlad auch seit Jahren anstehende Reparaturen vernachlässigthatte und zum Teil nur mit Beschreiten des Rechtswegs zur Durchführung selbstverständlicher Reparaturen veranlaßt werden konnte. Gerüchte, nach denen das Haus Flutgraben 4 unbewohnbar sein soll, müssen als völlig unbegründet zurückgewiesen werden. Vielmehr bewegt sich der Zustand des Hauses Hauses auf jeden Fall im Rahmen des durchschnittlichen Standarts. Nebst gesunder und stabiler Bausubstanz weist das Haus durchaus noch eine gute Wohnqualität auf, befinden sich doch in jeder Wohnung z. B. Bad oder Dusche. Gerade solcher Wohnraum zu erschwinglichen Mieten ist in der Universitätsstadt Gießen Mangelware. Bereits im Jahre 1974 wurde in dem Gutachten "Universität, Fachhochschule und Stadtentwicklungsplanung" von Dr. Leib e n Fehlbestand von ca. 3000 Studentenwohnungen festgestellt. Inzwischen ist die Studentenzahl nochmals um ca. 3000 gestiegen. Die kürzlich vom hessischen Innenminister veröffentlichten Zahlen sprechen von allein über 3000 gemeldeten

Wohnungssuchenden im Stadtbereich Lahn (vgl. GA vom 11. 3. 78). Erfahrungsgemäß spiegeln solche Zahlen nur sehr unzureichend die tatsächliche Mangelsituation auf dem Wohnungsmarkt wieder, da sie nur solche Personen erfassen, die evtl. Aussicht auf eine Sozialwohnung haben, in der Regel also keine Studenten.

Im Juli 77 machten wir angesichts dieser Lage eine öffentliche Protestaktion gegen die Pläne der Fa. Sommerlad und gegen die Absichten des Magistrats, Sommerlad die erforderlichen Wohnraumzweckentfremdungsgenehmigungen zu erteilen. Innerhalb weniger Stunden unterschrieben 1200 Gießener Bürger eine entsprechende Protesterklärung an den Magistrat. Diese öffentlich dokumentierte Empörung der Gießener Bevölkerung und die Ablehnung von Sommerlads Abrißplänen bewirkte offenbar, daß der Magistrat seine Entscheidung über Sommerlads Anträge in den August hinausschob, und daß Sommerlad die Anträge für das Haus Flutgraben 4 zunächst zurückzog. Der August war günstig für den Abriß der beiden Häuser, da in der Ferienzeit der Widerstand dagegen als gering eingeschätzt werden konnte. So gelang Sommerlad der Abriß der - wie auch von einigen seiner Angestellten zugestanden wurde - im Prinzip guten Wohnhäuser. Dies ging aber nicht ab, ohne daß er Druck und Schikane gegen die dort wohnenden ausländischen Arbeiterfamilien ausübte. Dem er z. B. vor dem Auszug der letzten Familie mit dem Einreißen von Wellblechfassaden und umliegendem Mauerwerk begann und vorsorglich schon Strom, Gas und Wasser abdrehen ließ. Außerdem ist den Bewohnern des Flutgraben 3 nach unseren Kenntnissen ebenfalls nicht gültig gekündigt worden.

Als wir im März d.J. Kenntnis von dem erneut gestellten Antrag Sommerlads auf Genehmigung der Wohnraumzerstörung des Flutgraben 4 erhielten, leiteten wir nochmals eine öffentliche Protestaktion dagegen ein. Wiederrum konnten binnen weniger Stunden 350 Unterschriften gegen die weitere Wohnraumzerstörung in der Innenstadt gesammelt werden.

Die Kenntnis der Tatsache, daß der Magistrat bereits 7 Genehmigungen auf Zweckentfremdung bei nur einer

Ablehnung seit dem 1.7.77 erteilt hat, veranlaßt uns, den Magistrat auf sein offensichtliches Mißverständnis der Zweckentfremdungsverordnung hinzuweisen. Durch Artikel 6 Mietrechtsverbesserungsgesetz vom 4.11.71 wurde der Landesregierung die Möglichkeit eröffnet, auf die Nutzung vorhandenen Wohnraums lenkend einzugreifen und sich dabei des Mittels eines Genehmigungsvorbehalts bei Nutzungsänderungen zu bedienen.

Dieser Genehmigungsvorbehalt stellt sich nicht als präventive Erlaubnis mit Verbotsvorbehalt, sondern als repressives Verbot mit Befreiungsvorbehalt dar: Die Zweckentfremdung von Wohnraum soll nicht deshalb von einer behördlichen Genehmigung abhängig gemacht werden, um der Verwaltung ein Instrument zur bloßen Kontrolle eines prinzipiell vom Gesetz gebilligten, weil sozial unerwünschten oder doch wertneutralen Verhaltens zu geben, sondern die Zweckentfremdung wird als sozial unerwünscht mißbilligt; die Zweckentfremdung soll grundsätzlich verhindert werden, um einer Gefährdung der Ver-

sorgung entgegenzuwirken (vgl. Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 4.2.75; Az.: 2 BvL - 5/74).

Diese Genehmigung kann immer nur erteilt werden, wenn besonders schützenswerte andere Interessen, beispielsweise ein schutzwürdiges berechtigtes Eigeninteresse der Verfügungsberechtigten ausnahmsweise das Interesse am Bestandsschutz des betroffenen Wohnraums überwiegt. Als solch ein überwiegendes Interesse kommt das bloße Streben nach Erhöhung der Rendite nicht in Betracht.

Eine allgemein ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum zu angemessenen Bedingungen dient unmittelbar der Bereitstellung des nicht nur für Studenten unentgeltlichen Wohnraums. Da diese Versorgung in Gießen besonders gefährdet ist, bedeutet das nicht nur für eine Vielzahl von Kommilitonen, daß sie keinen ausreichenden Wohnraum haben. Der soziale Bezug, der dem Wohnraum innewohnt, verstärkt sich noch erheblich. In dieser Situation ist es eine am Gemeinwohl orientierte Maßnahme, die Zweckbestimmung

des vorhandenen Wohnraums dadurch zu erhalten, daß seine Zweckentfremdung grundsätzlich verboten ist. Das bedeutet aber, daß die Möglichkeit des Verfügungsberechtigten, jede sich bietende Gelegenheit zu einer günstigeren Verwertung seines Eigentums sofort und maximal auszunutzen, entsprechend dem Artikel 14 Absatz 2, Satz 1 und 2 Grundgesetz aufgehoben ist.

Wir fordern den Magistrat der Stadt Gießen auf, Sommerlad die erforderliche Zweckentfremdungsgenehmigung für das Haus Flutgraben 4 nicht zu erteilen. Desweiteren fordern wir einen **SOFORTIGEN STOPP FÜR GENEHMIGUNGEN ZUR ZWECKENTFREMUNG UND ZUM ABRISS VON BESTEHENDEM WOHNRAUM** in der Gießener Innenstadt!

Mit freundlichen Grüßen
Die Bewohner des Flutgraben 4



Letzte Woche sammelten die Flutgrabenbewohner binnen weniger Stunden ca. 350 Unterschriften gegen den von der Möbelfirma Sommerlad beantragten Abriß ihres Hauses.

schach
spielen
altbier trinken
zeitung
lesen

Tel. 0641 - 34941

gute musik
hören & auch
selber
machen
leute treffen

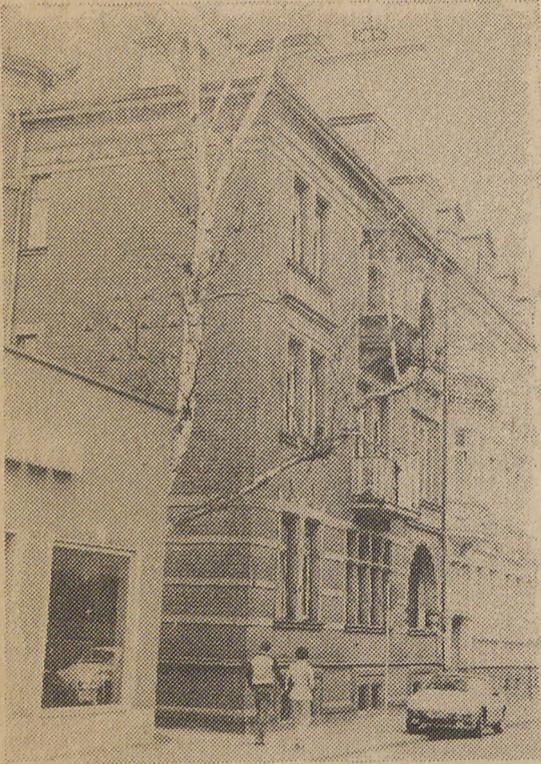
Tel. 0641 - 34941

Zaiste

63 gießen, walltorstraße 11

Tel. 0641 - 34941

Goethestr. 19



"Wer Wohnraum ungerechtfertigt leerstehen läßt, kann mit einer Geldbuße bis zu 20.000 DM bestraft werden."

Ebelstr. 39



DIE FÄLLE



Liebigstr. 57

"Eine Genehmigung im öffentlichen Interesse darf nur erteilt werden, wenn Wohnraum zur Versorgung der Bevölkerung mit lebenswichtigen Diensten (Praxis für Krankengymnastik) verwendet werden soll, die an dieser Stelle dringend benötigt wird."

"Eine Genehmigung muß versagt werden, wenn Wohnraum lediglich zur Erzielung eines höheren Entgelts zweckentfremdet werden soll."

ZWECKENTFREMUNG ? - NEJ TAK !*

Wer schon einmal das zweifelhafteste Vergnügen hatte in Gießen eine Wohnung zu suchen, wird selbst erfahren haben, was inzwischen auch statistisch feststeht: Bei über 3.600 allein gemeldeten Wohnungssuchenden in Lahn ist die Wohnraumsituation katastrophal: 2- und 3-Zimmer Wohnungen sind nur sehr schwer zu bekommen, größere Wohnungen so gut wie überhaupt nicht. Gleichzeitig sind die Mieten des vorhandenen Wohnraums meistens nicht tragbar. Ein großer Teil des Wohnraummangels ist auf die Ausdehnung der Dienstleistungs- und Handelsbetriebe in der und um die Innenstadt herum zurückzuführen. Durch eine konsequente Anwendung bestehender Gesetze und Verordnungen seitens des Magistrats wäre sehr viel Wohnraum zu erhalten.

Am 4. Nov. 1971 verabschiedete der Bundestag das sog. Mietrechtsverbesserungsgesetz, dessen Art. 6 die sog. Zweckentfremdung von Wohnraum verbietet. Die Landesregierungen wurden ermächtigt in Städten und Gemeinden mit Wohnraummangel Nutzungsänderungen von Wohnraum etwa in Büroraum oder in eine Arztpraxis genehmigungspflichtig zu machen. Aufgrund dieser Ermächtigung erließ die Hess. Landesregierung am 25. 1. 72 "die "Erste Hessische Verordnung über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum".

Dort heißt es in § 1: "Wohnraum darf anderen als Wohnzwecken in den in der Anlage aufgeführten Gemeinden nur mit Genehmigung des Gemeindevorstands zugeführt werden."

In der in der Anlage aufgeführten Gemeinden gehört auch die Stadt Gießen bzw. Lahn. Im Januar 1974 rief das Oberlandesgericht Frankfurt das Bundesverfassungsgericht an, um die Verfassungsmäßigkeit des Zweckentfremdungsverbots überprüfen zu lassen. Nachdem das Bundesverfassungsgericht im Februar 75 festgestellt hatte, daß das Zweckentfremdungsverbot mit dem Grundgesetz vereinbar ist, erließ der Hessische Innenminister im August des gleichen Jahres die sogenannten Durchführungsbestimmungen, nach denen die Gemeinden über Zweckentfremdungsanträge zu entscheiden haben.

Zunächst regeln diese Bestimmungen den Anwendungsbereich der Zweckentfremdungsverordnung, der sich nur auf sogenannten schutzwürdigen Wohnraum bezieht. Auffällige oder mit Ungeziefer u.ä. befallene

Gebäude oder Notunterkünfte werden von der Zweckentfremdungsverordnung nicht geschützt, sie dürfen ohne entsprechende Genehmigung z.B. abgerissen werden. Ist aber

Wohnraum bewohnbar, so muß der Eigentümer eine Genehmigung auf Zweckentfremdung bei der Gemeinde stellen, will er ihn anderweitig nutzen. Diese Genehmigung darf er in der Regel nicht erhalten, es sei denn seine nackte Existenz stünde auf dem Spiel, wenn er den Wohnraum nicht zweckentfremden würde. Wie groß das (absichtliche?) Mißverstehen dieser Bestimmung beim Magistrat der Stadt Lahn gewesen sein muß und noch ist, wurde zuletzt deutlich, als er der Fa. Sommerlad genehmigte, die beiden Häuser Bahnhofstr. 64 und Flutgraben 3 abzureißen. In den Durchführungsbestimmungen ist weiter zu lesen, daß ein Magistrat auf keinen Fall eine Zweckentfremdung genehmigen darf, wenn der Eigentümer lediglich sein Entgelt steigern will. So geschehen in der Flutgraben 39, wo jetzt an Stelle der beiden Wohngemeinschaften ein Steuerberatungsunternehmen residiert. Dem Eigentümer wurde die Genehmigung sogar noch nachträglich erteilt, obwohl unzwei-

deutig feststeht, daß die Mieteinnahmen gegenüber der Wohnnutzung deutlich gestiegen sind.

Auch wenn ein Eigentümer seinen Besitz durch irgendwelche Maßnahmen, durch Duldung des Verfalls oder Unterlassung von notwendigen Reparaturen in einen unbewohnbaren Zustand bringt, darf auf keinen Fall eine Genehmigung auf Zweckentfremdung erteilt werden. Verboten ist aber auch das Leerstehenlassen von Wohnraum; Wie es z.B. in der Goethestr. 19 und im Flutgraben 4 festzustellen ist.

Der ASTa hat die Stadtverwaltung in den vergangenen Wochen auf diese unhaltbaren Zustände aufmerksam gemacht, und in allen Fällen auch die in der Durchführungsbestimmung verlangte Wiederherstellung der früheren Wohnmöglichkeit gefordert. Bis jetzt ist keine Antwort eingetroffen. Da der Magistrat sich weigert, die Zweckentfremdung aktiv zu verfolgen, ist der ASTa darauf angewiesen, möglichst viele Fälle von möglicher und vollzogener Zweckentfremdung zu erfahren, um sie dem Magistrat zuzuleiten, da er sie dann verfolgen muß. Wenn also irgendwo solche Fälle bekannt werden, bitte sofort dem ASTa mitteilen (Tel.: 0641/72143 u. 71558).

FUNDSTELLEN ZUR WOHNRAUMZWECKENTFREMUNG

- 1.) Gesetz zur Verbesserung des Mietrechts... vom 4. November 1971, Bundesgesetzblatt, Teil I 1971, S. 1745 (Artikel 6)
 - 2.) Hessische Verordnung über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum vom 25. Januar 1972, Gesetz- und Verordnungsblatt, Teil I 1972, S. 19 in der Fassung vom 3. Dezember 1973, Gesetz- und Verordnungsblatt, Teil I 1973, S. 436
 - 3.) Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 4. Februar 1975 - 2 BVL 5/74 -
 - 4.) Durchführungsbestimmungen über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum vom 20.8.1975, Staatsanzeiger 38/1975, S. 1762.
 - 5.) Schmidt-Futterer, Wohnraumschutzgesetze, München 1976, 2. Auflage
- Die Sachen stehen alle in der Unibibliothek oder sind im ASTa einzusehen.

+) dän.: 'nein danke'

DIE FOLTER WAR SEHR HART

ODER WIE ARGENTINIEN DIE WM FÜR SICH AUSNUTZEN WOLLEN MIT HILFE VON LÄNDERN WIE DER BRD.

(Eine Zeugenaussage, wie in Argentinien gefoltert wird, nach einem Flugblatt der Argentinien-Gruppe von Amnesty International:)

Die Folter war sehr hart, 3 x Elektroschock (einmal acht Stunden lang), U-Boot (Untertauchen), Schläge, Scheinerschießungen, 3 x bekam ich eine Spritze (möglicherweise Penthonal, ich fühlte mich irgendwie anders), Maria wurde vergewaltigt und stark geschlagen, Pepina schrie unter der Folter, Carmen verschwieg noch ihren Namen, Anna war sehr gefoltert, Pedro war mehr gefoltert, er wurde gequält, man schnitt ihm ein Loch in den Magen. Man sah, wie seine Därme herastraten, er bat um Wasser und bat, daß man ihn töte. Man bot ihm eine tödlich wirkende Spritze an, wenn er aussagen würde ...

Die Nation bangt um einen Titel, den des Weltmeisters. Und das ist natürlich eine nationale Angelegenheit. Koste es, was es wolle. Im November '76 sahen sich maßgebliche Funktionäre der FIFA, darunter DFB-Präsident Neuberger, Argentinien an. Neuberger's erster Eindruck war zufriedenstellend: Auf dem Gebiet der Verwaltung und Organisation hätten die Argentinier nach dem Putsch vom 24.3.76 Fortschritte gemacht. Wie wahr er den Nagel auf den Kopf traf. Für sich und das Prestige und den Ruhm der ganzen Nation. Oder?

Weiter sagte er damals auf einer Pressekonferenz: "Ich habe schon seit einem halben Jahr überhaupt keinen Zweifel mehr an Argentinien. Wir sehen ganz wesentliche Fortschritte, so daß ich guten Mutes bin." Ja, wenn Neuberger spricht, dann gilt das was. Er, der mit

dem Fußball verheiratet ist. Er, der mit dem Fußball das Geschäft seines Lebens gemacht hat - und nicht nur er. Für ihn ist der Ball rund. Er hat den deutschen Blick. Aus deutscher Sicht ist die Weltmeisterschaft auch lukrativ, und wie. Deutsche Firmen werden so oder so als Weltmeister vom Platz gehen. Für sie ist Argentinien ein gefundenes Fressen, eine Goldgrube. Ja, und da heißt es Zupacken, denn die Zeiten können sich ja ändern. Für die Fernsehübertragung sind drei Leitungen erforderlich. Da trifft es sich ja gut, daß letztes Jahr ein Satellit gestartet wurde. Am Bau maßgeblich beteiligt ist AEG/Telefunken. Im Bereich Technik hat sich wieder Siemens den Profit gesichert. Irgendwo müssen die fünf Millionen Entführungsprämie für ihren argentinischen Chefmanager schließlich wieder eingespielt werden.

Aber auch die argentinischen Generäle verstehen es, die Gunst der Stunde auszunutzen. Der argentinische Fußballverband ist von den Militärs kaltgestellt worden. Klägliche Scheinproteste der FIFA halfen da nichts. Im Gegenteil, Neuberger sagt dazu: Eine strammgeführte Organisation, spricht durch die Militärs, kann der Sache Weltmeisterschaft nur dienlich sein, und so managen in Argentinien Soldaten die Weltmeisterschaft, die durch ein Gesetz in den Rang nationalen Interesses gehoben wurden. Kriegspraxis, sozusagen, die sich wie Hitler 1936 die Chance zur Selbstdarstellung, Vertrauensgewinn nicht entgehen lassen wollen.

Korruption ist Oberstes Gebot. Eine Werbeagentur bekam den Auftrag Journalisten herauszufinden, die positiv über das jetzige Argentinien schreiben. Nicht kleinlich mit solchen Sachen ließ sich das Militär diese Aktion sage und schreibe eine Million Dollar kosten. Oder ausländische Journalisten wurden auf Staatskosten durch

das Land geführt, und bekamen das gezeigt, was sie sehen sollten. In Cordoba führten die Militärs den Journalisten z.B. den argentinischen Schriftsteller Borges vor: Der so fundamentale Sätze wie "Wir Argentinier sind für die Demokratie nicht vorbereitet" oder "Ich habe mit General Videla gesprochen. Er ist ehrlich und ehrenhaft und er hat gute Absichten" von sich gab. Die Deutsche Presseagentur hatte nichts besseres zu tun, als diesen Unsinn zu verbreiten. Und als Dank für das Wohlverhalten der deutschen Funktionäre gab es dann ein Vorzugsquartier für die deutsche Mannschaft. Vor allem wurde die optimistische Meinungsbildung durch deutsche Spitzenfunktionäre sehr begrüßt. Neuberger: "Ganz gleich, wie man diesen Wechsel politisch bewertet, wir jedenfalls haben dadurch Partner mit Durchsetzungsvermögen bekommen!" Oder Helmut Schön, Trainer der deutschen Mannschaft: "Ich habe nichts gesehen, was auf eine ausgesprochene Diktatur deutet."

Wer sich, wie der DFB, blind stellt, kann leicht zu einem willkommenen Werkzeug für die positive Selbstdarstellung einer Diktatur werden. Wohl noch nie vor einer Weltmeisterschaft wurden derartig viele und massive Stimmen laut, die sich scharf gegen die politischen Verhältnisse des Veranstalterlandes aussprachen. So wurde z.B. in Holland, Frankreich und Schweden öffentlich ein evtl. Boykott der Weltmeisterschaft diskutiert. Auch in der BRD wurde eine kritische Öffentlichkeit gegenüber den Machthabern in Argentinien immer größer, ausgehend von Latein-Amerika-Komitees und Amnesty International. Die WM soll nicht, so Amnesty International, boykottiert, sondern genutzt werden, die Verhältnisse in Argentinien weltweit publik zu machen. Ferner richtet sich die Gefangenenhilfsorganisation auch an die Regierung der BRD und die Nationalspieler selbst.



In einem Aufruf wird gefordert, daß die BRD wie schon andere europäische Länder verfolgten Argentinern Asyl gewährt. Die Nationalspieler werden aufgefordert, diese Petition zu unterschreiben. Die DFB-Oberen, spitzfindig wie sie sind, erklärten lakonisch: "Als Gruppe oder Mannschaft kommt es nicht in Frage", schließlich sei der Fußball Sport und keine Politik und politisch wird Argentinien immer noch anerkannt. Also müßte man sich erstmal an andere Stellen wenden. Aber individuell würde der DFB in keiner Weise die Spieler beeinflussen.

"Unsere Spieler sind mündige Bürger, die sich selbst eine Meinung bilden können", so der Pressesprecher des DFB. Oh wie schön. Bisher ist lediglich bekannt, daß Sepp Maier, Torhüter, diese Petition unterschrieben hat.

Aber offen oder gar kritisch hat sich bisher niemand zu den Verhältnissen geäußert. Zu hören war: "Ich fahr nur hin um Fußball zu spielen. Politik interessiert mich nicht." (Fischer) Oder: "Würden Sie das Interview machen, wenn die Weltmeisterschaft in der UdSSR wäre?" (Berti Vogts) Oder: "Daß da gefoltert wird, interessiert mich nicht." (Kaltz) Aber nein, alle Spieler schwiegen doch nicht. Da ist noch Fritz the cat, Paule Breitner. Ob er sich nur deshalb äußert, weil er genau weiß, daß er keine Chance hat, mit nach Argentinien zu fahren? Immerhin, er wirft dem DFB vor, politisch ahnungslos zu sein und nichts von einer Diktatur gemerkt zu haben. Mit den Worten "Verweigert den Generälen den Handschlag!" fordert der Fußballstar die westdeutsche Nationalmannschaft auf, sich bei der Weltmeisterschaft nicht für das politische Schauspiel der Generäle mißbrauchen zu lassen. Da geht es auch einem anderen Fußballspieler noch schlechter:

Fußballer für WM gesperrt

RIO DE JANEIRO, 2. April (sid). Wegen politisch brisanter Äußerungen gegenüber einer Zeitung wurde Brasiliens Nationalspieler José Reinaldo (21) vom brasilianischen Verband (CBD) von der Teilnahme an der Weltmeisterschaft in Argentinien ausgeschlossen. Reinaldo, mit 28 Treffern Torschützenkönig der letzten Saison und mit dem brasilianischen WM-Kader derzeit auf Europatournee, hat sich nach einem Bericht der Zeitung „Omovimento“ für die Freilassung von politischen Gefangenen in Brasilien eingesetzt. (FR, 3.4.78)

Ich möchte auf die Zustände in Argentinien jetzt nicht weiter eingehen, weil ich glaube, daß sie mittlerweile doch in allen Ohren sind (schön wärs, Anm.d. Tipplers) und weil man sich letztlich doch nur daran gewöhnt. Viel wichtiger ist zu zeigen, daß ein Land wie die BRD durch seine Medien, Funktionäre und so weiter, einem Land wie Argentinien bei seiner Image-Pflege und Festigung der Diktatur hilft. Deshalb bin ich persönlich auch

gegen den Boykott der Weltmeisterschaft 1978. Man sollte vielmehr durch die Weltmeisterschaft versuchen, der Öffentlichkeit in aller Welt die Realität in Argentinien zu zeigen.

(Anm.d.Red.: Allerdings kann ein solcher Aufklärungsversuch auf der anderen Seite gerade durch den Boykott z.B. der BRD erst die eigentliche Brisanz bekommen. Die Frage nach der Wirkung von Boykottforderung und -durchführung ist daher noch umstritten. Klar aber ist die Notwendigkeit der Aufklärung über das Folterregime, ob nun über Boykott oder über Nutzung der Weltmeisterschaft unter der Parole:

FUSSBALL JA! FOLTER NEIN!)



SPORT-UND KULTUR-FEST IN GIESSEN

IN EIGENER (UNSERER) SACHE

Am 29., 30. April und 1. Mai findet in Gießen ein Fußballturnier unter dem Motto "FUSSBALL JA - FOLTER NEIN" auf den Lahnwiesen statt. Neben diesem Turnier gibt es eine Podiumsdiskussion über die Funktion der WM in Argentinien, sowie Workshops, Infostände und es wird ein Film gezeigt. Natürlich gibt es auch Musik. Einige Gruppen werden spielen, man/frau kann tanzen (in den Mai), diskutieren usw. Veranstalter sind Asta Giessen, Lateinamerikakomitee, Amnesty International, Kinoclub, Evangelische Studentengemeinde und Elefantenklo. Diese dreitägige Veranstaltung erfordert einen großen Organisationsaufwand. Deshalb brauchen wir noch Leute, die mithelfen wollen. (Es werden dringend Schiedsrichter und Leute gesucht, die einen Gesundheitsspass zum Essensverkauf haben.) Wer Ideen, diesen Gesundheitsspass und/oder Interesse hat mitzuhelfen, kann sich beim Asta (Tel. 72143) melden oder zum Organisationsstreff (jeden Dienstag um 15.30 h in der Evangelischen Studentengemeinde, Henselstr.7) kommen.



ARGENTINA 78:
FUSSBALL JA - FOLTER NEIN

RUSSELL-TRIBUNAL

Das dritte internationale Russell Tribunal zur Situation der Menschenrechte in der BRD veranstaltete vom 28. März bis 4. April 1978 seine erste Sitzung in Frankfurt-Harheim. Im folgenden wurden von uns Auszüge aus dem vorläufigen Bericht der Jury zusammengestellt, der am 4.4. mit anschließender Pressekonferenz vom Präsidenten des Tribunals vorgetragen wurde:

Das dritte internationale Russell Tribunal bezieht seine Legitimation allein aus dem strikten Bezug auf die international anerkannten Menschenrechte, deren kompromißlose Einhaltung in aller Welt gefordert wird. Sie sind seine einzigen Kriterien.

Während der ersten Sitzungsperiode ist allein die Frage der Berufsverbote untersucht worden, nämlich:

Wird Bürgern der Bundesrepublik und West-Berlins aufgrund ihrer politischen Überzeugung das Recht verwehrt, ihren Beruf auszuüben?

Aus über 500 gesichteten Fällen wurden 12 ausgewählt, gründlich recherchiert und dokumentiert, bevor sie in den öffentlichen Sitzungen vorgetragen wurden. Alle für die 12 öffentlich verhandelten Fälle zuständigen Verwaltungen wurden aufgefordert, ihren Standpunkt darzustellen, aber niemand erschien.

Zusammenfassung des Beweismaterials:

Die völkerrechtlich anerkannten Prinzipien der Menschenrechte sind im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verbürgt. Ausdrücklich werden jedem Bürger das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Recht auf Vereinigungsfreiheit sowie das Versammlungs- und Petitionsrecht garantiert. Darüber hinaus garantiert das Grundgesetz die Freiheit, politische Parteien zu gründen, deren Arbeit solange nicht behindert werden darf, solange das Bundesverfassungsgericht sie nicht für verfassungswidrig erklärt hat. Von besonderer Bedeutung für eine Untersuchung der Berufsverbote ist die grundlegende Garantie der freien Wahl des Berufes und des Arbeits- und Ausbildungsplatzes für alle Bürger, sowie die ausdrückliche Bestimmungen, daß niemand aufgrund seiner politischen Überzeugung benachteiligt werden darf.

Das Beamtenrecht und der öffentliche Dienst haben in Deutschland eine lange Tradition. In der Tat verlangt die Verfassung der BRD, daß der öffentliche Dienst nach den 'hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtenrechts' zu regeln ist. Über allen Pflichten eines im öffentlichen Dienst Beschäftigten steht seine Verpflichtung, die Gesetze gewissenhaft einzuhalten. Man geht davon aus, daß jeder Beschäftigte im öffentlichen Dienst für alle Verfassungsgrundsätze einzustehen hat.

Mehr als 15 % aller Beschäftigten der BRD und West-Berlins arbeiten im öffentlichen Dienst. Ihre Zahl nimmt ständig zu. Eine Vielzahl von Berufen untersteht den Regelungen des öffentlichen Dienstrechts. Es sind nicht nur diejenigen betroffen, die in Bundes-, Länder- oder örtlichen Verwaltungen

Die Art und Weise der Durchführung dieses politischen Programms spiegelt die ihr zugrunde liegenden Absichten wider. Aus dem gesichteten Beweismaterial zeichnete sich klar folgendes Bild ab:

Der Verfassungsschutz arbeitet auf breiter Basis, um "Erkenntnisse" jeglicher Art von legaler politischer Betätigung deutscher Bürger zu sammeln, zum Beispiel über die Mitgliedschaft in legalen Parteien und anderen Organisationen, das Unterzeichnen von offenen Briefen und Erklärungen, die Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen, das Verteilen von Flugblättern, die Beteiligung an Demonstrationen, das Halten von Reden sowie die Veröffentlichung von Schriften. Bewerbern für den öffentlichen Dienst wird mitgeteilt, daß aufgrund von "Erkenntnissen"

lichkeit", als sie ihre "Unschuld" nicht bewiesen haben. Jeglicher Versuch, komplexe politische Probleme zu erklären, wird mit der Forderung nach Ja-Nein-Antworten unterbrochen. Die Weigerung, eine Frage zu beantworten oder überhaupt zur Anhörung zu erscheinen, wird als Schulbekenntnis bewertet. Verlangt wird eine Absage an jegliche offiziell nicht gebilligte Meinung und ein unmißverständliches Bekenntnis zu offiziell vertretenen Ansichten. Demjenigen, der radikale Auffassungen leugnet, wird oft mißtraut, selbst wenn keine gegenteiligen "Erkenntnisse" vorliegen.

Die dem Tribunal vorgetragenen Berufsverbote sind hauptsächlich von Landesbehörden verhängt worden. Einige Hinweise ergaben, daß ähnliche Formen von Diskriminierung auch von Gewerkschaften und



arbeiten, sondern darüber hinaus - um nur einige Bereiche zu nennen - auch diejenigen, die als Lehrer oder in anderen Funktionen in Schulen und Universitäten, bei der Bundesbahn, der Post oder in Krankenhäusern arbeiten.

Am 28. Januar 1972 haben der Bundeskanzler und die Regierungschefs der Länder den sogenannten Radikalerlaß herausgegeben. Derartige öffentliche Erklärungen sind weder ein Akt der Gesetzgebung noch haben sie Gesetzeskraft. Trotzdem wurde aus der Erklärung vom 28. Januar 1972 schnell eine offizielle Norm, ohne daß geprüft worden wäre, ob diese Regelung in irgendeiner Weise einem grundgesetzlich verbürgten Recht widersprach. Die Bürokratie entscheidet seitdem so, als hätte der Gesetzgeber eine Norm für die "Treuepflicht" und Kriterien für die Beurteilung der Eignung für eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst verabschiedet.

des Verfassungsschutzes über ihre politische Betätigung Zweifel an ihrer politischen Zuverlässigkeit bestehen, obwohl diese Betätigung legal war.

Gewöhnlich werden die Informationen, die zu einem Anhörungsverfahren führen, von den entsprechenden Verfassungsschutzämtern an die Einstellungsbehörden weitergegeben. Manchmal wird dann eine Anhörung anberaumt, z.B. aufgrund einer Denunziation durch einen Nachbarn oder Kollegen, der als "Informant" arbeitet. Die Anhörung findet hinter verschlossenen Türen statt. In ihrem Verlauf werden die Vorgeladenen einer Ausforschung ihrer politischen Meinung ausgesetzt. Dabei bestätigt sich nach Aussage einer ganzen Reihe von Zeugen, was die Vorladung befürchten ließ, nämlich den Beginn eines Alptraums, dem niemand entkommen kann. Die Betroffenen stehen solange unter dem Verdacht der "Verfassungsfeind-

gewerblichen Institutionen gegen ihre Mitglieder angewandt worden sind. Darüber hinaus gab es Hinweise auf eine intensive Zusammenarbeit und einen regen Informationsaustausch zwischen diesen Institutionen und den Verfassungsschutzämtern. Das Tribunal stellt nachdrücklich fest, daß in den Bereichen des öffentlichen Dienstes, die es untersucht hat, die dort aufgrund des Festhaltens an nicht genehmen Meinungen oder der Zugehörigkeit zu nicht genehmen Organisationen verhängten Berufsverbote mit den Menschenrechten nicht vereinbar sind. Allein die fachliche Eignung und Leistung der Beschäftigten können Kriterien für Einstellung und Entlassung sein.

Die Diskriminierung bestimmter Überzeugungen wäre undenkbar ohne den hierfür eingerichteten Inquisitions- und Überwachungsapparat. Derartige Methoden, so heißt es, wür-

RUSSELL-TRIBUNAL

den die Freiheit des Volkes schützen; tatsächlich aber erweitern sie die Macht des Staates.

Die Unterscheidung zwischen der Treue gegenüber der Verfassung, der Treue gegenüber dem Staat und der Treue gegenüber denjenigen, die ihn verwalten, wird immer schneller aufgehoben. Eine Weiterentwicklung derartiger Vorgänge kennt nur eine Richtung - nämlich die zu einer Gesellschaft, in der nur noch diejenigen im öffentlichen Dienst eine Anstellungen finden können, die sich dem status quo gegenüber konform verhalten. Muß dieser Weg beschritten werden? Kann dieser Weg irgendwoanders hin führen, als zu einem noch größeren Verlust von Freiheit?

Schlußfolgerung

Das Tribunal legte den Mitgliedern der internationalen Jury die folgenden vier Fragen zur

Abstimmung vor; die Abstimmung war geheim; die Mitglieder des deutschen Beirates stimmten nicht mit ab:

1. Wird Bürgern der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Überzeugung das Recht verweigert, einen Beruf im öffentlichen Dienst auszuüben?

Urteil:

Es ist kein weiteres Beweismaterial notwendig.

Nein: 0 Stimmen

Ja : 16 Stimmen

Enthaltung: 0 Stimmen

2. Stellt die Praxis der Berufsverbote eine ernste Bedrohung der Menschenrechte dar?

Urteil:

Es ist kein weiteres Beweismaterial notwendig.

Nein: 0 Stimmen

Ja : 16 Stimmen

Enthaltung: 0 Stimmen

3. Wird die Praxis der Berufsverbote gegen Menschen, die eine ganz bestimmte politische Meinung vertreten, in diskriminierender Weise angewandt?

Urteil:

Es ist kein weiteres Beweismaterial notwendig.

Nein: 0 Stimmen

Ja : 16 Stimmen

Enthaltung: 0 Stimmen

4. Steht die Praxis der Berufsverbote im Zusammenhang mit diskriminierenden Praktiken anderer Institutionen, insbesondere von Gewerkschaften, Berufsorganisationen und Kirchen?

Urteil:

Es ist weiteres Beweismaterial notwendig:

8 Stimmen

Enth.: 1 Stimme

Nein: 0 Stimmen

Ja: 7 Stimmen



RUSSELL-TRIBUNAL

Weiterarbeit des Russell-Tribunals

Über die Fragestellungen der 2. Sitzungsperiode des Russell-Tribunals, das in der 1. Januarwoche 1979 stattfinden wird, sind noch keine Entscheidungen gefallen. Bis zur 2. Sitzungsperiode werden hierzu auch keine öffentlichen Erklärungen abgegeben. Die Mitglieder der Jury haben folgende Unterkommissionen, die sich aus Jury und Beirat zusammensetzen, beschlossen:

1. Zensurpraxis

(dies betrifft Fragen wie z.B. von erst kürzlich bekannt gewordenen neuen Maßnahmen, daß Benutzer von Bibliotheken mitsamt der ausgeliehenen Bücher erfaßt werden).

2. Problem der Veränderung und Verschlechterung der Strafverfahren, insbesondere im Hinblick auf die Möglichkeiten und Verteidigungsmöglichkeiten derjenigen, die sich in Untersuchungsgefängnissen oder Gefängnissen befinden.

Eine Unterkommission dieser Unterkommission:

2a) Problem der politischen Gefangenen

(Hier prüft die Kommission, ob, inwieweit und unter welchem Aspekt diese Frage von dem Tribunal behandelt werden kann).

3. Weitere Materialsammlung zur Praxis der Berufsverbote

Ob diese Frage nochmals verhandelt wird, hängt davon ab, inwieweit Extensität (Überlappungseffekte in private Bereiche hinein) und Intensität (Anlässe) der Berufsverbote zugezogen haben, also qualitative Aspekte zu den bisherigen Untersuchungen hinzukommen. Die Jury bittet in diesem Zusammenhang um weitere Unterstützung und Dokumentierung von Fällen.

Einige Jury-Mitglieder wollten als Privatpersonen Stammheim und andere Gefängnisse besuchen. Da die Entscheidung, ob und wann Besuche in Gefängnissen erfolgen sollen, an die Unterkommissionen 2 und 2a delegiert ist, kam es wohl innerhalb der Jury zum Konsens, daß auch die Jury-Mitglieder, die ursprünglich als Privatpersonen eigne Besuche vorhatten, sich der Entscheidung dieser Kommissionen fügen.

STUDENTENSCHAFT DER JUSTUS LIEBIG-UNIVERSITÄT GIESSEN

KÖRPERSCHAFT DES ÖFFENTLICHEN RECHTS
ALLGEMEINER STUDENTENAUSSCHUSS

6300 Lahn-Gießen 1 30.3.78

Leihgesterner Weg 16
Telefon (0641) 72143 / 71558

An den
Herrn
Hessischen Kultusminister

Luisenplatz 120
6200 Wiesbaden

PERSÖNLICH

nachrichtlich an:

den
Herrn
Präsidenten der Justus-Liebig-Universität

Ludwigstr. 23

6300 Lahn - Giessen 1

Sehr geehrter Herr Minister!

Als Sie im November 1977 in Gießen weilten, um Ihre Entwürfe zur Anpassung des Hessischen Hochschulrechts an das Hochschulrahmengesetz gegenüber der Kritik aller Gruppen an der Universität zu verteidigen, bezeichneten Sie die geäußerte Sorge um die Freiheit des kritischen Geistes als völlig unbegründet und die gegenwärtige Hessische Landesregierung als Garanten für diese Freiheit.

Als das III. Russell-Tribunal daran ging zu untersuchen, ob "Bürgern in der Bundesrepublik aufgrund ihrer politischen Überzeugung das Recht verwehrt wird, ihren Beruf auszuüben", erklärte der Vorstand Ihrer, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands durch den Parteivorsitzenden - von Ihnen bisher unwidersprochen -, daß er sich nicht gefallen lasse, daß die Bundesrepublik Deutschland in eine Propagandakampagne hineingezogen, und dabei der Name des verehrungswürdigen Bertrand Russell zu Lasten der Bundesrepublik Deutschland mißbraucht wird.

Als der Fachbereich Germanistik der Justus-Liebig-Universität Gießen beantragte, unsere Kommilitonin Helene Peniuk weiterhin als wissenschaftliche Hilfskraft zu beschäftigen, teilte ihr der Universitätspräsident mit, daß er aufgrund Ihrer Entscheidung gehalten ist, zu überprüfen, ob sie bereit ist, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes und der Hessischen Verfassung einzutreten, wobei sich entsprechende Zweifel für sie aus dem Umstand ergäben, daß Helene Peniuk im Juni 1977 für den MSB Spartakus bei den Wahlen zum Fachbereichsrat im Fachbereich Germanistik an der Justus-Liebig-Universität Gießen kandidiert hat.

Während Sie also vorgeben, die Freiheit des kritischen Geistes zu schützen, während Sie behaupten, Rechtsstaatlichkeit zu verteidigen, was ja in erster Linie die strikte Einhaltung der Verfassung bedeuten müßte, die jegliche politische Diskriminierung bei der Einstellung in den öffentlichen Dienst verbietet, werden diese Prinzipien von Ihnen gebrochen und die Demokratie mit ihrer Grundvoraussetzung, der freien politischen Betätigung zerstört. Entgegen Ihren Beteuerungen ist für Sie die Freiheit des Geistes und seiner öffentlichen Betätigung immer nur die Freiheit des affirmativen Geistes, den kritischen, oppositionellen Versuchen Sie auch unter Inkaufnahme der Verletzung von Grundrechten niederzuhalten.

Nach unseren Erfahrungen ist die Überprüfung anlässlich des Einstellungsantrages als wissenschaftliche Hilfskraft nur die Vorstufe zu einem andauernden Berufsverbot. Unsere Kommilitonin genießt in ihrem juristischen und politischen Widerstand gegen diese Bedrohung ihrer beruflichen Existenz die volle Solidarität der Studentenschaft der Justus-Liebig-Universität.

Wir protestieren gegen jede Form von politischer Überprüfung und fordern Sie auf, Helene Peniuk unverzüglich als wissenschaftliche Hilfskraft weiter zu beschäftigen. Andernfalls wird der Studentenschaft erneut bewiesen, was von Ihren Aussagen und Versicherungen und denen der Hessischen Landesregierung zu halten ist.

In Erwartung einer baldigen Stellungnahme

(Winfried Möller)
ASTA-Vorsitzender

WETZLARER
STADTZEITUNG

-40 DM

5.4.1978

„Nur gemeinsam sind wir unausstehtlich“

Blatt - 18 & 19 -

NEUIGKEITEN AUS DEM
PSYCHIATRISCHEN KRANKENHAUS
GIESSEN
EIN SCHREIKRAMPF VOM HERRN BERNECKE

Nach Beendigung meiner Ausbildung zum Krankenpfleger am Psychiatrischen Krankenhaus in Gießen, bin ich, gemeinsam mit zwei weiteren Kollegen aus meinem Kurs, nicht in ein Arbeitsverhältnis übernommen worden. Über meine Gewerkschaft (ÖTV) habe ich wiederholt versucht, eine Begründung für diese Maßnahme zu erhalten, damit ich mich dagegen wehren kann. Der Erfolg dieser Bemühungen war allerdings gleich null. Zumindest aber weiß ich mittlerweile, wem ich meine Arbeitslosigkeit zu verdanken habe. Dazu gleich mehr. Fest steht, dies nur zur Nebeninformation, daß es selbstverständlich nicht an unseren Leistungen während der Ausbildung gelegen hat – das Staatsexamen haben wir alle drei mit der Note „sehr gut“ abgelegt. Auch hat es nicht etwa an mangelndem Stellenangebot gelegen (das PKH suchte sogar Pflegekräfte per Zeitungsinserat) oder vielleicht am Unwillen der Pflegeteams, uns aufzunehmen. Ganz im Gegenteil. Außer einigen selbstverständlichen Reibereien, wie sie überall täglich vorkommen, war mein Verhältnis zu Patienten und Kollegen durchweg sehr gut, wie den Stationsbeurteilungen unschwer zu entnehmen ist. Aber die Kollegen, mit denen wir zusammen gearbeitet haben, wurden natürlich in keiner Weise gefragt.

Im Weiteren haben wir uns während unserer Ausbildung ab und an gemeinsam mit unseren Kurskollegen zu Problemen am Arbeitsplatz geäußert (Tarifauseinandersetzungen, Verschlechterung der Feiertagsregelung für uns Wechselschichtler etc.). Nie sind wir hierbei als Fremdkörper aufgefallen, vielmehr wurden die Vorschläge unseres Kurses auf Personal- und Gewerkschaftsversammlungen durchweg von der Masse der Kollegen unterstützt. Auch sind wir nicht etwa durch permanente Forderungen oder Konflikte in Erscheinung getreten. Um all dies geht es auch garnicht – wie ich mittlerweile weiß.

Wie die Krankenhausverwaltung der ÖTV Gießen mitteilte, hat nicht die Verwaltungsleitung in Gießen oder die Hauptverwaltung des Landeswohlfahrtsverbandes in Kassel die Absicht uns hinauszuerwerfen. Vielmehr hat unser PERSONALRAT „auf eine bei Einstellung dieser drei Schüler mit Sicherheit zu erwartende Störung des Betriebsfriedens hingewiesen und seine Zustimmung verweigert“! Die Verwaltung hat daraufhin das Votum des Personalrates akzeptiert – ab 1. April (haha) kann ich stempeln gehen.

Was soll ich dazu sagen? Es wäre mir u. U. noch begrifflich, wenn die Verwaltungsleitung uns loswerden wollte; heutzutage kann schon das provokante Zuschaustellen des eigenen Kopfes zum Hinauswurf gereichen. Aber das uns durch die eigenen Interessenvertreter (?) im Krankenhaus der Strick gedreht wird, ist ein ziemlicher Tiefschlag, der wahrscheinlich hierzulande seines gleichen sucht. Die Entscheidung des Rates fiel zwar nicht einstimmig aus, aber das hilft mir auch kein Stück.

Keine Personalratsseele hat zu unseren Leb- (äh Arbeits-)zeiten jemals mit uns über ihre Ängste gesprochen (bezüglich des Friedens, den sie mit Sicherheit gestört erwarten – oder so). Es geht ja beileibe auch einfacher. Sie haben mutig auf den Zeitpunkt gewartet, indem wir uns nicht wehren können – nämlich auf die Beendigung unserer Ausbildung. Die Widerlichkeit dieser Hintertreibenheit gegenüber Gewerkschaftskollegen findet ihren Gipfel in dem Antrag des dem Rat angetrautem Vertrauensleutkörpers, einen meiner Kollegen, einen der aktivsten Gewerkschafter den ich je getroffen habe, auch noch aus der Gewerkschaft auszuschießen (wegen KBW Verdacht).

PFUI-DEIBEL – sag ich da! Der Vertrauenskörper in diesem Hause, der es nicht nötig befindet, auch nur einen Finger zur Vorbereitung der Tarifrunde zu rühren, der es nicht nötig hatte auch nur einen Vertreter zu den vorbereitenden Vertrauensleutkonferenzen nach Allendorf zu schicken, von dem sich grundsätzlich kein Aas auf den Sitzungen des gewerkschaftlichen Arbeitskreises blicken läßt – für den Gewerkschaftsarbeit offenbar heißt, alles Notwendige die

Anderen machen zu lassen – stellt wahrhaftig den Antrag, einen engagierten Kollegen, nachdem dieser schon den Arbeitsplatz verliert, auch noch aus der Gewerkschaft zu werfen. Lieber Gott, wie weit ist das Gefühl für gewerkschaftliche Solidarität verkommen, der wir doch wohl allen gesellschaftlichen Fortschritt zu verdanken haben – auch wenn er noch so dünn ist.

Wäre die deutsche Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung das Werk solcher „Kollegen“ gewesen – die Kinder würden heute noch 14 Stunden im Bergwerk herumkriechen, die 40 Stundenwoche wäre eine traurige Illusion usw.

Der Betriebsfrieden, den sie meinen, ist die Grabesruhe, die Interessenlosigkeit, das faule vor sich hin Malochen – und damit auch das Ende jeder Bemühung um Fortschritt. Gerade in der Psychiatrie wäre doch das genaue Gegenteil dieser bierseligen Lethargie dringend von Nöten. Unser Rauschmiß gilt ja auch den Anderern, die sich um fortschrittliche Inhalte unserer Arbeit bemühen. Der Personalrat und die Vertrauensleute betreiben hier ganz unverhohlen ein noch böseres Geschäft, als wir es von der Verwaltung her erwartet hätten. Das ist leider der Unterschied zwischen Leuten unserer Natur, die wohl bei aller Unterschiedlichkeit der Auffassungen, nie auf die Idee kämen, einen Kollegen hinauswerfen zu lassen – und dieser Sorte Mensch, die zu feige ist offen zu diskutieren, sondern wortlos ihre Macht gegen die eigenen Kollegen benützt, wenn sie sich in ihrem spinwebenumhangenen Frieden gestört fühlt. Man kommt sich vor wie bei der Exekutio – einer hat die Platzpatrone im Lauf – jeder will es nicht gewesen sein. Es ist ZUM KOTZEN!!!

Die Welt ist verdreht. Diejenigen die die Gewerkschaftsbewegung langsam aber sicher verschimmeln lassen, werfen die engagierten Kollegen, die sich ihre Freizeit dafür um die Ohren schlagen, aus Betrieb und Gewerkschaft. Was hier getrieben wird, ist für meine Begriffe Gewerkschaftsschädigung in reiner Form. Eigentlich müßte jeder einigermaßen anständige Gewerkschafter mit der Abgabe seines Buches drohen, solange sich solche Leute noch Gewerkschafter nennen! Aber man gibt die Hoffnung eben nicht auf – in diesem Falle wird's aber doch verflucht hart. Hoffentlich erinnern sich die Kollegen bei den nächsten Wahlen an diese ekelhafte Angelegenheit und wählen sich eine Interessenvertretung, von der sie nicht annehmen müssen, daß sie während ihrer Arbeit an Übermüdung eingeht oder schlimmer noch, ihnen bei passender Gelegenheit mit den Stiefeln des Dienstherrn den Arbeitsplatz unter dem Hintern wegritt.

Was soll ich machen; das Recht auf Arbeit (was immer das auch ist oder wird) ist ein frommer Wunsch in diesem Lande. Das Recht, um seinen Arbeitsplatz zu kämpfen muß man sich nehmen, was sich mit den hier dargestellten „Kollegen“ allerdings eher zum Schrei(r)ampf entwickelt. Ich erzähl Euch noch wie's zu Ende gezanzen ist – jb –

Tagung
Mediziner Ausbildung
Gießen 19.-21.5. 1978

Das Arbeitsfeld Gesundheitswesen im Sozialistischen Büro veranstaltet am Wochenende 19.-21.5.1978 in Gießen eine Tagung zum Thema "Mediziner Ausbildung". Dadurch soll eine breite Diskussion über Inhalte und Formen linker Unipolitik im Bereich der Medizin über Ausbildungsinhalte, deren Kritik und Alternativen ermöglicht werden. Eine solche Diskussion halten wir für sehr wichtig, um über die tagespolitischen Auseinandersetzungen hinaus eine längerfristige Orientierung linker Politik in diesem Bereich zu erreichen. Im einzelnen sollen folgende Themenbereiche bearbeitet werden:

- Fachschaftsarbeit und Interessenvertretungspolitik undogmatischer Gruppen – Möglichkeiten und Grenzen.
- Kritik und Aufarbeitung der Konflikte um praktische Jahr. Rolle der vds-Fachkonferenz, Schwierigkeiten bei der überregionalen Zusammenarbeit, inhaltliche Orientierung.

"23.3.78. An die Redaktion ELEPHANTENKLO:
Wir sind Laienhelfer am PKH (Psychiatrischen Krankenhaus) Gießen und WOLLEN UNSERE GRUPPE VERGRÖßERN, um einige Projekte durchführen zu können, die wir für sehr notwendig halten (siehe beiliegendes Flugblatt). Es wäre nett, wenn Ihr uns dabei helfen könntet, indem Ihr dieses Flugblatt bei Euch abdruckt ..."

GESAGT, GETAN:

"Laienhilfe im Psychiatrischen Krankenhaus"

"Psychisch Kranke werden aus der Gesellschaft und damit auch aus unserem Bewußtsein ausgegliedert in Landeskrankenhäuser, wo sie oft nur 'aufbewahrt' werden; es mangelt an Personal, an Möglichkeiten, an Bereitschaft zu wirksamer Therapie. Die Isolation an den PKH's macht die psychisch Kranken nur noch kränker. Wir 'Normalen' sind befangen, haben Angst, mit psychisch Kranken nicht richtig umgehen zu können, sind mit Vorurteilen belastet.

Wir versuchen in unserer Gruppe solche Vorurteile bei uns abzubauen, ein bißchen die Isolation der Patienten zu durchbrechen, indem wir in verschiedenen kleinen Gruppen mit Patienten zusammen spielen, tanzen, töpfern und Sport treiben.

Wir finden, daß in Zusammenarbeit mit Patienten noch viel mehr gemacht werden muß. Wir denken z.B. an die Gründung einer Theatergruppe, einer PKH-Zeitung und einer Teestube in der Stadt. Dazu suchen wir noch weitere Mitarbeiter mit ein paar Ideen und ein bißchen Schwung!

Jeden zweiten Dienstag treffen wir uns um 20.00 Uhr zum Plenum in der ESG, Henselstr. 7. Das nächste Plenum findet am 18.4. statt.

Ihr könnt Euch auch direkt an eine der Kontaktadressen wenden:

Arno Sonnborn, Gießen, Liebigstr. 75, Tel.0641/73824
Wolfgang Seel, Gießen, Ludwigstr. 52, Tel.0641/71993

• AO-Novellierung und ihre Bedeutung im Zusammenhang mit der Diskussion um die Ärzteschwemme.

• Viele Linke kümmern sich in ihrem Studium weniger um herkömmliche medizinische Inhalte (z.B. Chirurgie, Innere), stattdessen widmen sie sich Fächern am Rande der Schulmedizin (z.B. Psychosomatik, Psychiatrie, Akupunktur ...). Ist dieser Trend Ausdruck einer Flucht tendenz oder enthält er produktive Momente für Kritik und Veränderung der herkömmlichen Schulmedizin?

• Ausbildungsziel ist der gut funktionierende Arzt, der kostensparend die Ware Arbeitskraft repariert und den Gewinninteressen der Pharma- und Geräteindustrie entspricht. Wie wirkt sich dies konkret im Studium aus? Welche Erfahrungen gibt es mit veranstaltungsbegleitenden Arbeitsgruppen und Praktikums-Kritik?

• Alternative Ausbildungsprojekte in der BRD und anderswo. Anmeldung möglichst umgehend an: ISZ, Kurt Walker, Weigelstr. 4, 6300 Gießen.

UMWELTZERSTÖRUNG IN DER BRETAGNE

Ein französischer Kollege von der Uni-Press berichtete über die Gießener Anti-AKW-Gruppe von dem schweren Schiffungsglück an der bretonischen Küste, wo am 16.3.1978 ein 280.000 BRT großer Öltanker zerbarst und seitdem das herauslaufende Öl einen ca. 100 km langen Küstenstreifen verpestet. Den Ausführungen des Franzosen konnten wir entnehmen, daß auch in diesem Fall die deutsche Öffentlichkeit nur unzureichend und zum Teil falsch informiert wurde.

Wie kam es zu dem Unfall?

Unser französischer Kollege bestritt entschieden die Darstellung gerade in den deutschen Massenmedien, daß es sich um einen gewissenmaßen schicksalhaften Unglücksfall gehandelt habe. Das Auflaufen der "Amoco-Cadiz" stellt hingegen den dritten Fall in den letzten 12 Jahren dar, wo trotz massiver Bürgerproteste in der Bretagne keine Veränderungen der unzureichenden Sicherheitsbestimmungen durch den französischen Staat vorgenommen wurden. Forderungen nach internationalen Vereinbarungen, Radarstationen, Mindestausstattung für passierende Schiffe (z.B. Ausrüstung mit Hilfsmaschinen), Lotsendienst durch die französische Marine, sind seit 1967 nahezu ungehört geblieben.

Was sind die Folgen der Katastrophe?

Das sich unaufhaltsam verbreitende Öl vernichtet den Pflanzen- und Tierbestand in den Küstengewässern und im Küstenland der Bretagne fast total. Das bedeutet zunächst eine einschneidende Gefährdung des ökologischen Gleichgewichts und beraubt vor allem die bretonischen Küstenschiffer ihrer Existenzgrundlagen. Hinzu kommen Ausbleiben des Fremdenverkehrs, der im Sommer eine Haupteinkunftsquelle bedeutet, sowie zunehmende Verpestung des Grundwassers, deren Folgen im einzelnen noch nicht abzusehen sind.

Da die Bretagne eine Zwischenstation vieler Vogelfluglinien ist, werden Vogelarten aus ganz Europa durch das Öl ruiniert. Vor kurzem fand man auch an der deutschen Küste ölverpestete tote Vögel.

Reaktionen auf die Umweltzerstörung

Als erste reagierten die betroffene Bevölkerung und die Studenten der naheliegenden Universitätsstadt Brest, später auch Teile der Gewerkschaften und einige politische Parteien, während die staatlichen Institutionen im wesentlichen bemüht waren, ihre Verantwortlichkeit herunterzuspielen und die Umweltkatastrophe zu verharmlosen. Durch eine massenhaft unterstützte Boykottandrohung gelang es in kurzer Zeit, den Universitätsbetrieb in den Schutz bretonischer Umweltschutzkomitees zu stellen. Gemeinsam gingen die betroffene Bevölkerung, der Großteil der Studentenschaft und viele Wissenschaftler daran, Ursachen und Folgen der Katastrophe systematisch aufzuklären, die Forderungen der Umweltschützer einer breiten Öffentlichkeit bekanntzumachen und Arbeiten zur Rettung der bretonischen Küste zu organisieren.

Nachdruck wurde den Forderungen durch bislang 5 Demonstrationen verliehen (je-

weils 8.000 bis 15.000 Teilnehmer), die auch von den Gewerkschaften unterstützt wurden. Dabei zeigte auch der französische Staat erneut, auf wessen Seite er steht: ein Riesenaufgebot an Polizei (an der Spitze eine extra für Demonstrationen gebildete Spezialeinheit - die CAS, eine Art GSG 9 für innere Angelegenheiten!) begegnete der Volkswut mit Wasserwerfern, Tränengas und auch Hartgummigeschossen. Der französische Staat vermutete sich zu Unrecht, daß die Umweltkatastrophe in der Bretagne auch den Widerstand gegen den Ausbau von atomaren Anlagen (die in Frankreich hauptsächlich von staatlichen Gesellschaften betrieben werden) verstärken würde. Schließlich sind es dieselben Politiker, Wirtschaftsexperten und "unabhängige Wissenschaftler", die vor Jahren die Schifffahrtswege vor der Bretagne für absolut sicher erklärten und heute die Ungefährlichkeit und Nützlichkeit atomarer Anlagen beschwören. Die Bevölkerung wird zu Recht immer mißtrauischer und aufmerksamer. Transparente auf Demonstrationen wie: "Heute ölverpestet - morgen radioaktiv" drücken das Wissen um den Zusammenhang treffend aus



ATOMSATELLIT

Wie zu erfahren war, ist nach dem Absturz des sowjetischen Atomsatelliten im Januar dieses Jahres in Kanada der nächste Eintritt eines solchen Satelliten in die Erdatmosphäre, diesmal mit Namen Kosmos 849, im April zu erwarten.

KIRCHE WILL NICHT VERKAUFEN

Die Evangelische Kirchengemeinde Gartow (Kreis Lüchow-Dannenberg) weigert sich, Grundbesitz in dem Waldgelände zwischen Gartow und Gorleben zu verkaufen, wo die "Deutsche Gesellschaft für Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen" den Bau des Entsorgungszentrums plant.

ANTI-AKW-GRUPPE INFORMIERT

OSTERSPAZIERGANG IN BORKEN

Am Ostermontag fuhren wir (7 Leute der Anti-AKW-Gruppe) zu einem Nachmittagsspaziergang nach Borken - während der Autofahrt strömender Regen, auf dem Hin- wie auf dem Rückweg, bloß während unseres Fußmarsches über das Gelände des geplanten Atom"parks" (AKW und Atomüllager) fiel kein Regentropfen von oben! Also noch mal Glück gehabt in puncto Borken?

Jedoch nur, soweit es das Wetter betrifft. Denn wie ernst es der PREAG mit dem Bau der Atomanlagen ist, davon konnten wir uns am Ort selber überzeugen: der vorgesehene Bauplatz ist übersät von Bohrlöchern, mit denen Proben für die Planung der Betonfundamente genommen wurden.

Und daneben ein Riesenschild: Wir wollen kein AKW in Borken! Ein Stückchen weiter auf einem Acker ein Lebensbaum mit einem Plakat daneben: Es gibt Leben in Borken. Wie lange noch??

Also lebt auch der Widerstand in Borken. Er muß bloß noch viel stärker werden, damit es uns gelingen kann, die Atomanlagen wirklich zu verhindern. Aufschwung gab uns an diesem Nachmittag die Begegnung mit einer größeren Gruppe AKW-Gegner aus Homberg und vier Jugendlichen aus Bad Wildungen, die dort einer gerade ins Leben gerufenen Gruppe gegen AKWs angehören (12 km

von Borken entfernt) und ein paar Tage vorher ihre erste gelungene Veranstaltung gemacht hatten. Wir sprachen noch mit 2 Ortsanwässigen, die uns den Eindruck vermittelten, daß wohl fast jeder im Ort gegen den Bau ist, aber fast jeder versucht auch, seinen eigenen individuellen Ausweg zu finden: der Bauer will seinen Hof verkaufen und aussiedeln, der Fuhrunternehmer fährt den Bohrfirmen sogar den Dreck ab, und belügt sich selbst mit seiner Ansicht, das Baugelände sei schon technisch nicht geeignet. Auf jeden Fall zeigten die Gespräche, daß sich die Borkener für Hergeleitete interessieren, und sich auch mit uns über unsere Betroffenheit als Gießener unterhalten.

Zum Abschluß genehmigten wir uns einen Tee, nicht nur um uns aufzuwärmen, sondern auch die Schuhe zu trocknen, mit denen wir unterwegs im Schlamm einer Abraumhalde (vom bestehenden Braunkohlentagebau) tief versunken waren. Von dieser Halde aus hatten wir aber einen ständigen Ausblick auf das vor sich hinstinkende Braunkohlentagebaukraftwerk. Wer diesen Schwefelgestank, den die Borkener täglich frei Haus bekommen, schon mal in der Nase hatte, kann sich leichter vorstellen, wie die PREAG mit der Behauptung der sauberen Atomkraft in Borken hausieren geht. Daß man auch den Rauch von Kohlekraftwer-

ken besser abfiltern könnte, davon redet die PREAG natürlich lieber nicht. Doch auch in diesem Punkt hatten wir wieder Wetterglück: die Rauchfahne stand in andere Richtung, der Gestank wurde uns erspart.

Etwas anderes wird uns aber nicht erspart bleiben: mit noch mehr Kräften die bislang wenigen aktiven AKW-Gegner in Borken und Umgebung zu unterstützen. Und dafür brauchen wir viele weitere Leute, die in unserer Gruppe mitarbeiten wollen!!

Was würden Sie tun, wenn Ihnen jemand eine Ladung Sprengstoff mit Zeitzündler in IHREN Keller baut ?

...
Warum sehen Sie dann tatenlos zu, wie Atomkraftwerke gebaut werden ?

SO ERLEBTEN ES DIE BEWOHNER VON GROHNDE

Zeugenaussage von Frau Woltemat (58) aus Grohnde:

Sie beschloß, nachdem sie die ungeheuren Vorbereitungen der Polizei vor der Demonstration gesehen hat, ihr Haus als "Lazarett" herzurichten. Am 19.3. wurden in ihrem Haus etwa 30 Leute versorgt, die nicht mehr selbst gehen konnten, bei Nachbarn waren es noch mehr. Sie hat sehr schwere Verletzungen gesehen, u.a. einen vom Pferd zertretenen Fuß, der nur noch wie ein blutiger Fleischklumpen aussah. Weil sie ihr Haus zur Verfügung gestellt hatte, konnte sie nicht zur Demonstration, aber sie habe schon vorher Angst gehabt, als sie "die jungen Leute, unter denen viele Nachbarn aus Grohnde waren, fröhlich singend zum AKW ziehen sah. Leider hatten nicht alle Helme, darum hatte ich schon vorher Angst, weil ich die Pferde gesehen hatte ... Wenn ich teilgenommen hätte, hätte ich mich nicht ohne weiteres von der Polizei schlagen lassen. Ich hätte zurückgeschlagen!" Viele Nachbarn hätten sich gefreut, daß endlich etwas gegen das AKW passiert, und seien auch mitgegangen. Bei der nächsten Demo würden aber viele aus Angst nicht mehr mitgehen. "WIR HÄTTEN DEN PLATZ SCHON VORHER BESETZEN MÜSSEN!"

GROHNDE-PROZESS DENN:

"Wer nach Gorleben mit Knüppel geht, soll gehörig bestraft werden!"

Am 11. Prozeßtag gegen Andreas hielt der Staatsanwalt (SA) sein Plädoyer. Zu Beginn betonte er noch, Andreas werde nicht exemplarisch oder als AKW-Gegner angeklagt, später wurde er ehrlicher. Seine Anklage stütze sich nicht hauptsächlich auf die Körperverletzung, sondern auf die Teilnahme an einer Demo, von der Gewalttaten ausgingen. Der SA griff natürlich auch wieder auf das wohl bewährte Konzept der Rädelsführerschaft zurück:

Andreas sei auf Fotos in erster Reihe mit Knüppel (pfui Teufel) zu sehen. Er könne nicht davon ausgehen, daß Andreas ihn "nur zur Zierde" hatte. Allein das Tragen dieser "Waffe" benötige eine Strafe von 6 Monaten.

Man stelle sich mal diese Frechheit vor: Wohl aufgerüstete Bullen knüppeln auf alles, was ihnen vors Schild kommt, stechen mit 4 m lange Eisenstangen durch den Zaun, möglichst in den Unterleib der Demonstranten, werfen mit

Steinen und Flaschen, sprühen mit ihrem Giftgas, reiten fliehende Demonstranten nieder, und der Typ meint, für so'n Holz sind 6 Monate fast schon zu wenig. SA: "Ich möchte nicht in einem Staat leben, in dem das Strafmaß nach politischer Einstellung gerichtet ist."

Warum zieht er dann bloß nicht die Konsequenz?!

MINDESTENS 18 MONATE OHNE BEWÄHRUNG beantragt er, weil Andreas Überzeugungstäter sei, keine "Reue" erkennen lasse, und daß hoh(1)e Gericht die Abschreckung eines solchen Urteils nicht unterschätzen solle, denn viel zuviele würden die Frage der Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele mit "JA" beantworten, darauf müsse die Justiz eine eindeutige Antwort geben.

Ganz schön unpolitisch, oder?

Nächster Termin:

11.4. (Dienstag), 9.00 Uhr, Landgericht Hannover.

SOZIALHILFE FÜR STUDENTEN?

In den seit langen bekannten Bestrebungen, die Zahlung von Sozialhilfe durch Veränderung der Rechtsgrundlagen zu umgehen, ist den staatlichen Stellen wieder etwas neues eingefallen. Dabei dreht es sich um die Frage, ob Studenten, die kurz vor Studienabschluß stehen, aber die Höchstförderungsdauer nach BAFÖG überschritten haben (und auch die Härtefall-Klauseln von BAFÖG ausgeschöpft wurden) Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz (§§ 11 ff.) erhalten können. Seit 1.1.78 ist das Sozialamt der Stadt Lahn dazu übergegangen, Neuanträge dieser Art abzulehnen.

Die Auseinandersetzung um die Frage der Gewährung von Sozialhilfe an Studierende sind seit Jahren im Gange. Angesichts der bei weitem unzureichenden BAFÖG-Sätze waren in der Vergangenheit viele Student(inn)en gezwungen, nach dem BSHG, §§ 31 ff eine Aufstockung ihres BAFÖG-Satzes zu beantragen. Um diese Möglichkeit zu verbauen wurde u.a. im Haushaltsstrukturgesetz vom 18.12.75 das BSHG so verändert, daß jetzt die Gewährung von Ausbildungsbeihilfe nach §§ 31ff des BSHG abzulehnen ist, "wenn die Ausbildung im Rahmen des Bundesausbildungsförderungsgesetzes oder des Arbeitsförderungsgesetzes dem Grunde nach förderungsfähig ist." Entsprechend den Überleitungsbestimmungen zum Haushaltsstrukturgesetz wurden daher ab 1.1.76 Neuanträge bezüglich der Aufstockung von BAFÖG-Sätzen abgelehnt und nur noch die bereits laufenden Leistungen bis zum 31.12.76 ausgezahlt.

Versuche von Studierenden, gestützt auf §§ 11ff des BSHG, die nicht Ausbildungshilfe, sondern die allgemeine Hilfe zum Lebensunterhalt regeln, die BAFÖG-Förderung aufzustoßen, wurden von den Sozialämtern meist abschlägig beschieden. Es wurde argumentiert, es spräche "eine unwiderlegbare gesetzliche Vermutung dafür, daß die Leistungen, die nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz gewährt werden, für den Lebensunterhalt und die Ausbildung ausreichend sind." Im übrigen wurde darauf verwiesen, daß die Härtefall-Klauseln des BAFÖG die Möglichkeit zur Aufstockung über die Regelförderung hinaus beinhalten.

Auch die Bemühungen, zumindest nach Auslaufen der BAFÖG-Förderung nach §§ 11ff des BSHG allgemeine Hilfe zum Lebensunterhalt zu erlangen, wurden

meistens von den Sozialämtern abschlägig beschieden. So lehnte z.B. das Sozialamt in Marburg mehrere Anträge von Studenten auf Zahlung von Sozialhilfe ab, obwohl diese kein BAFÖG mehr bekamen (auch nicht nach den Härtefallklauseln) und im Examen standen. Das Verwaltungsgericht in Kassel entschied jedoch in zwei Entscheidungen vom 1.8. und 11.8.77, daß in diesen Fällen Sozialhilfe zu zahlen sei. Auch eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes in Berlin vom 2.9.76 zielt in die gleiche Richtung. Es stellte fest: Sofern die Förderung des Antragstellers nach den Bestimmungen des Bundesausbildungsförderungsgesetzes - aus welchen Gründen auch immer - nicht mehr möglich ist, wird zu prüfen sein, ob ihm zur Sicherung seiner Ausbildung - der Antragsteller steht kurz vor dem Abschluß - Hilfe zum Lebensunterhalt, notfalls nach § 15 BSHG gewährt werden kann."

Nach der Berliner und den Kasseler Entscheidungen gingen bei den Sozialämtern zahlreiche Anträge auf Gewährung von Sozialhilfe nach §§ 11 ff unter Einschuß von § 15 a BSHG ein. In ihrem Bemühen, sich der Zahlungsverpflichtung zu entziehen, begannen die hessischen Sozialämter nun, sich auf eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes von Lüneburg vom 20.10.76 zu stützen. In dieser Entscheidung wird die Anwendbarkeit des § 15a BSHG in solchen Fällen abgelehnt. Eine Gewährung von Sozialhilfe käme nur in Frage, "wenn die Notlage nicht oder nicht allein durch die Tatsache der Ausbildung begründet sei." In den Kommentaren zu dieser Entscheidung wird zudem darauf verwiesen, daß in den Fällen, in denen nach § 15a BSHG Sozialhilfe noch zu gewährt sei, auch eigentlich die Härtefallklauseln des BAFÖG eintreten müßten.



Außerdem legte das Sozialamt Marburg gegen die genannten Kasseler Entscheidungen Widerspruch ein. Der Hessische Verwaltungsgerichtshof in Wiesbaden gab diesem Widerspruch in seiner Entscheidung vom 6.10.77 weitgehend statt. Er entschied, daß das Sozialamt "dem Antragsteller die

laufende Hilfe zum Lebensunterhalt in der Form des unverzinslichen Darlehens zu gewähren hat. Im übrigen wird der Antrag zurückgewiesen."

Obwohl der HVGH damit zumindest nicht prinzipiell die Zahlung von Sozialhilfe ausgeschlossen hat, verweigern die Sozialämter dennoch selbst die Gewährung von Darlehen in solchen Fällen. Gestützt auf die bereits genannte Lüneburger Entscheidung wird argumentiert, daß § 15 a BSHG nicht anzuwenden sei, wenn die Höchstförderungsdauer nach BAFÖG überschritten sei und auch die Härtefallklauseln nicht zur Anwendung kommen könnten. Vielmehr müsse dann nach § 18 BSHG dem Betroffenen zugemutet werden, sich den Lebensunterhalt durch eigene Arbeit zu verdienen. Erst wenn dies nicht möglich sei, können § 15 a BSHG eintreten. Nach dieser Argumentation muß ein Antragsteller aber voll dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Eine Ablehnung einer Arbeitsmöglichkeit unter Hinweis auf das Studium wird als nicht zulässig erachtet, um nach § 18 BSHG Sozialhilfe beziehen zu können. Dies bedeutet im Klartext, daß erst nach Studienabbruch und Nichtvermittelbarkeit durch das Arbeitsamt Sozialhilfe bezogen werden kann.

Es ist nicht klar, ob diese Praxis, wie sie zumindest seit 1.1.78 in Lahn Anwendung findet, bereits durch eindeutige Verwaltungsgerichtsurteile "rechts"mäßig geworden ist. Der AstA der Uni Gießen versucht, dies herauszufinden.

Um Material für eine Dokumentation und für Gegenmaßnahmen - sofern sie noch möglich sind - zu bekommen, bittet der AstA Studierende, deren Anträge auf Sozialhilfe in der letzten Zeit abgelehnt wurden, sich mit dem Sozialreferenten in Verbindung zu setzen. (Tel. 71558)



IRANISCHES NEUJAHRSFEST -
BEKUNDUNG DES WIDERSTANDES GEGEN DAS SCHAHREGIME

Am Freitag, den 7.4., veranstaltete der Iranische Studentenverein Gießen (ISV) - Mitglied der CISNU - anlässlich des iranischen Neujahrsfestes (Norusfest) in der Kongreßhalle einen politischen Kulturabend. Diese Form, das Norusfest zu feiern, hat seitens der iranischen demokratischen und sozialistischen Opposition im Ausland und damit auch hier in Gießen bereits eine lange Tradition. Die Verhältnisse im Iran bieten seit Jahrzehnten nur wenig Anlaß, den Beginn eines neuen Jahres mit ungeprübter Freude zu feiern. Daher stellt die iranische Auslandsopposition seit jeher die Feiern anlässlich des Norus-Festes unter den Aspekt des Widerstandes gegen das Schah-Regime. Kurze Referate zur jeweils gegenwärtigen Lage im Iran bilden dabei ebenso einen festen Programmbestandteil wie kulturelle Beiträge. Letztere vermitteln in Form von Theaterstücken, Gesang und Tanz Einblick in die alte Volkskultur des Iran, in der oftmals Widerstand gegen Unterdrücker in künstlerischer Form artikuliert wurde, aber auch in die gegenwärtigen Formen und Inhalte von künstlerisch-kulturell ausgedrückten Widerstands.

Bei der diesjährigen Veranstaltung kam in den Redebeiträgen dem Aspekt des politischen Widerstandes angesichts der gegenwärtigen Volksaufstände im Iran besonderes Gewicht zu. In einem einführenden Beitrag wurde in klarer und einleuchtender Weise die Hintergründe der Volksaufstände dargestellt und damit der üblichen verzerrten Darstellung in den westdeutschen Massenmedien ein Gegengewicht gesetzt. Diese Aufstände verdeutlichen, daß es dem Regime trotz aller grausamen Unterdrückung nicht gelungen ist, das Volk zu unterwerfen, die Stimmen der Opposition zum Schweigen zu bringen. **ES HERRSCHT KEINE RUHE IM LANDE!**

Ob das Terrorregime stürzen wird, hängt einerseits sicherlich davon ab, ob es den bislang noch zersplitterten Kräften der iranischen Opposition gelingt, mit der spontanen Volkerhebung zu einer einheitlichen Volksbewegung zu verschmelzen. Zum anderen wird das Schicksal des Regimes davon abhängen, inwieweit es der demokratischen und sozialistischen Opposition in den kapitalistischen Metropolen Westeuropas und Nordamerikas gelingen wird, Widerstand gegen die bisherige Unterstützung des Schahregimes zu organisieren und eine durchaus

mögliche indirekte oder direkte militärische Intervention im Falle des drohenden Sturzes des Schahregimes zu verhindern.

Die engen Verbindungen zwischen westdeutschen Konzernen und westdeutschem Staat und dem iranischen Unterdrückerregime sind seit langem bekannt. Seit dem 2. Juni 1967 wissen wir auch, wie weit der westdeutsche Staat gehen kann, um diese Verbindung zu schützen. Daß diese Verbindungen auch von den Aufständen der letzten Monate nicht beeinträchtigt werden sollen, verdeutlicht die bevorstehende Reise des Bundespräsidenten in den Iran, auf der in feierlicher Form der Abschluß eines Waffenlieferungsvertrages über 10 Milliarden DM besiegelt werden soll. Alle Gruppen der iranischen Opposition hier in der BRD haben gegen diesen Besuch in verschiedener Form protestiert (sh. Kasten) und in den Beiträgen auf dem Norus-Fest wurde dieser Protest mehrfach unterstrichen.

In einem kurzen Beitrag unterstrichen der AstA der JLU und die Initiative Sozialistisches Zentrum Gießen (ISZ) ihre Bereitschaft, alle Aktionen zu unterstützen, die hier in der BRD dazu beitragen können, den Widerstand der iranischen Opposition gegen das Schahregime zu fördern. Diese Unterstützung wird nicht abhängig gemacht werden, welche Gruppe diese oder jene Aktion trägt, sondern davon, ob sie dem Widerstand nützt. Diese Feststellung ist insofern wichtig, als sich die iranische Opposition hier in der BRD in den letzten Jahren als Reflex auf gesellschaftliche Widersprüche im Iran mehrfach gespalten hat. Diese Spaltung führte u.a. dazu, daß es hier in Gießen drei iranische Oppositionsgruppen gibt, die bedauerlicherweise jeweils getrennt ihre Veranstaltungen durchführen. So wird es daher am 21.4. noch ein Norus-Fest geben. Es bleibt zu hoffen, daß dieses ebenso gut besucht wird, wie das jetzige. Ferner ist zu wünschen, daß mit dem fortschreitenden Widerstand im Iran auch diese Spaltungen wieder überwunden werden können.

Auch das Koordinationskomitee der autonomen Iranischen Studenten veröffentlichte seine Kritik an diesem Besuch in Form eines offenen Briefes. Im Gegensatz zur Stellungnahme der CISNU vertritt das Koordinationskomitee jedoch die Forderung, der Bundespräsident möge seinen Besuch absagen (gekürzt):

Herr Bundespräsident Walter Scheel,

Anlässlich des geplanten Besuches von Bundespräsident Scheel im Iran nahm der Vorstand der CISNU in einem Offenen Brief an den Bundespräsidenten dazu wie folgt Stellung (leicht gekürzt):

Herr Bundespräsident!
Hier und da sind bereits Stimmen laut geworden, die Unmut und Unbehagen über ihr Vorhaben äußern. Die einen sind empört, die anderen raten ihnen, den Besuch zu unterlassen und wiederum andere hoffen, Sie mögen die Gelegenheit wahrnehmen, um mit dem Despoten auf dem Pfauenthron über die Menschenrechte zu disputieren. Solche frommen Wünsche überlassen wir denjenigen, die in Ihrer Person noch das liberale Haupt eines demokratischen Staates erblicken. Für uns sind Sie, Herr Bundespräsident - wie liberal, wie freiheitlich demokratisch Sie auch immer sein mögen - der Vertreter eines Staates, der von Geschäftemachern und Profitjägern beherrscht wird. Und als Vertreter eines solchen Staates müssen Sie natürlich dorthin reisen, wohin die Geschäfte und Gewinne es verlangen.

Der Staat, welchen Sie repräsentieren hat vor kurzem mit dem persischen Regime - ein Regime, das im Bewußtsein der deutschen Bevölkerung inzwischen nur Mord und Folter assoziiert - ein Geschäft über 10 Milliarden DM für die Lieferung von Kriegsschiffen und Waffenzubehör abgeschlossen. Die Tatsache, daß die Bundesrepublik erklärterweise keine Waffen an Spannungsgebiete liefern darf, dürfte aber für dieses Geschäft kein Hindernis sein. Deshalb ließ man von Bonn aus die Spannung in und um Persien wegradieren.

Dem "entspannten" Land Persien kommt Ihr Besuch gerade jetzt sehr gelegen. Denn so gespannt war die wirtschaftliche und politische Lage lange nicht mehr. Vor dem Hintergrund eines ökonomischen und sozialen Desasters erhoben sich in den letzten 6 Wochen hunderttausende von Arbeitern, Bauern und Studenten in den großen Städten des Landes gegen das herrschende Regime. Mit den Waffen aus der "freien Welt", die Sie, Herr Bundespräsident, so inbrünstig zu verteidigen pflegen, wurden tausende Männer, Frauen und Kinder, die nach Brot, Arbeit und Freiheit verlangten, niedergemetzelt.

Es ist für Sie sicherlich nichts Neues, daß das Regime im Iran gegen die als fundamentale internationale Normen akzeptierten Prinzipien der Menschenrechtskonvention eindeutig verstößt.

Wir protestieren im Namen der vom Schah terrorisierten Bevölkerung gegen diese Ihre Reise auf das Schärfste und fordern Sie auf, diesen Besuch beim Faschisten Schah abzusagen.

VERKAUFE:

Philips Plattenspieler, einfaches, altes Modell, aber noch zu gebrauchen. VB 30 DM

Sammlerstück: Adler/Sachs Motorrad, 98ccm Bauj. 1940; gegenwärtig in 1000 Teile zerlegt, ca 50-60 km/Std. Motor okay, Preis nach Absprache Horst 0641/22643

Suche bald **GEBRAUCHTES FAHRRAD EGAL** ob altes Damenrad oder neues Rennrad (aber nicht ganz neu, denn das wird zu schnell wieder geklaut!)
Günter Trabert
Unterhof 53/235, 63 Gießen



ICH SUCHE NÄMLICH 'NE WG: LUTZ, BAHNHOFSTR. 71
TEL: 77 496

Zu verkaufen: Kühlschrank 50 DM, Kühlschrank mit sep. Tiefgefrierfach 85.-DM Webrahmen mit. Untergest. 80 cm breit 90 DM Mühlgasse 3, Lich/Oberbessingen



WG, Ø - Alter 28 Jahre, sucht Mitbewohner(in) in Einfamilienhaus, Bj. 73 mit Garten, liegt "etwas außerhalb. Er oder sie müßte motorisiert sein!
z.Zt. 5 Leute
Bersrod bei Reiskirchen

Sonnenstr. 39
Tel. 06408/3932



Wir, Randolf (23), Inge (24) und Heiner (27), suchen zum 15. Mai zwei neue Mitbewohnerinnen (auch -bewohner) für unsere WG in Lang-Göns (10 Autominuten von Gießen, Entenfahrer brauchen etwas länger) Wir haben eine Wohnung in einem sehr schönen neuen Haus, die Miete beträgt 170.- (Alles incl.) Ein Gespräch ist uns lieber - und sinnvoller - als eine lange Anzeige, also kommt vorbei: Kiefernring 5 6306 Langgöns
Tel 06403/2195

Ich (Mann, 26) suche Zimmer (ca 20 qm) in WG, mögl. Gi
Tel 38060 (Bernd)

Verkaufe: 3-teiligen Spiegel 120 cm x 46 und 2x 20cm ca 50.- DM
1 Küchentisch 20 DM
bei Irene im AstA 71558

Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen. Deshalb gibt es auch so viele Trinker unter den Arbeitslosen.
Manfred Weil



Beulen
Täglich anrennen gegen die wand der verzweiflung

den schmerz aushalten tagtäglich

das bischen glück wenn er nachläßt:

ich denke das zählt sagt der irre
werner dürrson

Ab 1. Mai 78 ist innerhalb der WG FRIEDENSSTR. 7 eine kleine Wohnung für 2 Leute frei.

Wer schenkt dem SPAK eine Waschmaschine. Das Gerät soll in eine Töpferscheibe umgebaut werden. Bevor jemand seinen Apparat in die BSG schleppt, bitte Eis verständigen.
evtl. Tel. 76 757

UMZÜGE UND TRANSPORTE mit VW-BUS macht
Hartmut Wilhelm
Eichendorffring 99 Zim. 014 das ist im Studentendorf Haus B parterre, oder melden Eichendorffring 115/016 Haus S
Tel. (nach 19 Uhr): 41 066



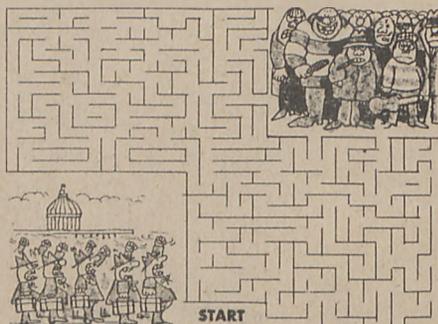
19jähriger arbeitsloser Jugendllicher sucht
1 Zimmer,
möglichst in einer Wohngemeinschaft. Bitte melden bei:
Günter Sprengel
Goethestr. 19 2. Stock
Tel. 74 730

Welche Frau hat Lust mit angehender Lehramtsreferendarin zusammenzu wohnen?
Oder: Welche WG hat ein Zimmer für mich frei?
Ute Tel. 81863



SIND SIE FÜR RUHE & ORDNUNG?

Überall in der Welt ist man beunruhigt über den Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung. Sind Sie bereit, den Kampf gegen die radikale, gesetzlose Minderheit zu unterstützen? Dann überlegen Sie den besten Weg. Und denken Sie... es wird eine Menge Eifer, Beharrlichkeit und Intelligenz kosten, um das Übel dieser Welt auszurotten!



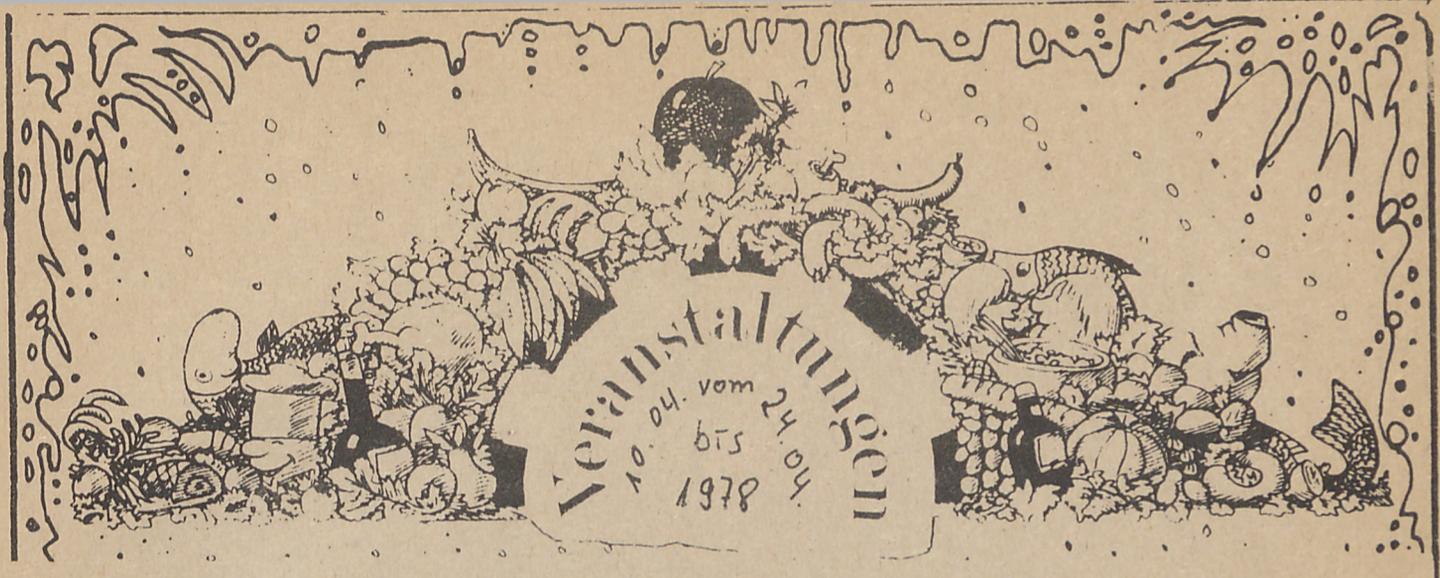
Auflösung: Wenn Sie den Weg durch das Labyrinth gesucht haben, dann haben Sie sicherlich Eifer und Beharrlichkeit gezeigt... aber keine Intelligenz! Die kleine radikale Minderheit ist unten - in der StarboX! Richtig - die herrschenden Kreise selbst! Wer anders hat den Profit, wenn sie nach einer Steigerung der Produktion schreien? Wer anders erhöht die Preise, um dann über die Inflation zu jammern? Wer anders benutzt sein Pressenonopod, im politisch Andersdenkende Minderheit der Herrschenden vorgehen würden, dann läßen Sie wirklich etwas für Ruhe und Ordnung!



Was dem einen recht ist, **Verkaufe:** gebrauchten kommt die anderen teuer, E-Herd 3Kochplatten, sagten die Arbeiter Backofen für 80 DM und verlangten mehr Lohn. Brigitte 06406/3571
Manfred Weil

♀ sucht Zimmer in WG, muß jedoch in Gi. sein, da nicht motorisiert. Falls irgendwas frei ist, meldet euch bitte bei Bärbel 34423

Unser **KINDERLADEN** sucht ab 1. Juli eine(n) **Vorpraktikant(in)** Interessenten können sich wenden an den Mitarbeiter des Kinderladen
Tel. 75 444



monday 10. 04.

Musik: Im Faß, Frankfurter Str.
Musik mit Michael Wever

Theater: Ulenspiegel, Seltersweg 55
20.30 Uhr CASSAULET

Lothar Schüler erzählt die Entstehungsgeschichte dieses französischen Eintopfes. Anschließend wirds serviert.



Dienstag 11. 04.

Musik: "Im Bierstiefel", Licher Str.
Lahn-River-Jassband

Theater: Zigarrenfabrik, 20.30 Uhr
"Hallo und Adieu"
von Athol Fugard

Stadttheater, 19.30 Uhr
"Der Vetter aus Dingsda"

Glotze: ZDF, 22.00 Uhr
"Der Stoff aus dem die Träume sind"

Mittwoch 12. 04.

Musik: Domizil, Braugasse
"Moreno-Jazz-Trio"

Theater: Stadttheater, 19.30 Uhr
"Die Physiker" von F. Dürrematt



donnerstag 13. 04.

Film: Heli, Frankfurter Str.
"Der Mädchenkrieg"

Roxy, Ludwigsplatz
"Family live" auf englisch

Musik: Domicil, Braugasse
"Love-Trough-Music" mit der Gruppe "Kaleidoskop"

Stadttheater, 20.00 Uhr
6. Sinfoniekonzert mit Werken von Gluck, Mozart, Bruckner

Theater: Zigarrenfabrik, 19.30 Uhr
t h e a t e r t r a n s p a r e n t
zu WOYZECK von Georg Büchner; Diskussion mit dem Produktionsteam

Radio: HR 1, 20.30 Uhr
Stadtindianer
Eine italienische Jugendrevolte und ihr deutscher Zweig von Paul Seeland

TV: "Madam X - Eine absolute Herrscherin"
von Ulrike Ottinger und Tabea Blumenschein

Fete: OTTO-EGGER-HEIM (Leihgesterner Weg)
19.30 Uhr
Z I V I L D I E N S T - I N F O - F E T E
mit Klaus der Geiger + Klaus Spanuth
Liedermacher
und Musik (natürlich, wenn die da sind), Leuten (auch klar), Informationen (ja klar), zu essen und (viel) zu trinken . . .
E I N T R I T T : - . 9 9 D M (k l a s s e)



Die Leute, die sowieso Stammkunden in diversen Gruppen sind, sollten sich mal um das Programm kümmern!!

14. 04.

FREITAG



Musik: Ulenspiegel, Seltersweg 55
20.30 Uhr

Gilles Louise: Gitarre von Bach
bis Tarrega

Veranstaltung: Martinshof, 20.00 Uhr

"Vorbereitungsveranstaltung der
zentralen Demo in Bonn"

Veranstalter: VVN Gießen

Theater: Stadttheater, 19.30 Uhr
"Die Physiker"



Radio: HR 2, 21. 45 Uhr
DADA - Soiree

mit Werken von Kurt Schwitters



mondav 17. 04.

Tonbildschau: Kongreßhalle, 20.00 Uhr

"MAROKKO - Oase am Rande der Saha-
ra" (siehe auch Meldungsteil)

Theater: Stadttheater, 10.00 Uhr

"Biedermann und die Brandstifter"

Glotze: ARD, 23.00 Uhr

"Gangster in Key Largo

amerikan. Spielfilm m. H. Bogart



samstag 15. 04.

Theater: Stadttheater, 19.30 Uhr
"Die Physiker"



**Bierlokal & Treffpunkt
Gießen
dort selbst in der
Ebelstr. No.2**

**Würmer können
freudig hoffen -
der Frühling ist da
und die Kneipe
offen.**

**Frühlingsjägermeister,
2 cl für 1 DM**

täglich von 20 - 1 Uhr früh



Dienstag 18. 04.

Theater: Stadttheater, 19.30 Uhr
"Die Physiker"

Zigarrenfabrik, 20.30 Uhr
Die Katakombe, Frankfurt mit
1848 - "... bewahre uns Gott in
Deutschland vor irgendeiner Revo-
lution" Lieder - Szenen - Texte
aus der Zeit um 1848

Glotze: ZDF, 22.45 Uhr

Jazz im ZDF : Menscenmusik

Diskussionsveranstaltung: Kongreßhalle

Kleiner Saal, 20.00 Uhr
"Verhindert weitere Berufsverbots-
opfer - Veranstaltung zur Solidari-
tät mit Betroffenen"

Veranstalter: Berufsverbotekomitee



SONNTAG 16. 04.

Theater: Stadttheater, 19.30 Uhr
"Rigoletto" zum letzten Mal

Zigarrenfabrik, 20.30 Uhr
"Hallo und Adieu"

Veranstaltungen: Martinshof, 14.00 Uhr
unter dem Thema alternative Er-
nährung:
Mitgliederversammlung des Bienen-
züchtervereins



19. 04.

Mittwoch

Film: Kino-Club, Eichendorffring
19.30 Uhr und 22.00 Uhr
"Rotation"
Regie: Wolfgang Staudte
DDR 1949 s/w 84'

Musik: "Im Bierstiefel", Licher Str.
Folk, Balladen, Instrumentals mit
Payton, Stoppock und Porada

Domizil, Braugasse
"Moreno-Jazz-Trio"

Theater: Ulenspiegel, 20.30 Uhr
Grusel-Kabinett von Horst-Steffen
Sommer
Zigarrenfabrik, 20.30 Uhr
4. Autorenlesung 1977/78
"Ein fliehendes Pferd", Martin Walser
Stadttheater, 19.30 Uhr
"Die Physiker"

Glotze: ZDF, 22.50 Uhr
"Jeder für sich und Gott gegen alle"
Film von Werner Herzog

DONN.

20. 04.

Musik: Uni-Aula, Ludwigstr. 23, 20.00 Uhr
Folk, Songs, Blues
mit Werner Lämmerhirt

Domizil, Braugasse
"Love-Trough-Music"

Ulenspiegel, 20.30 Uhr
"Lieder der Welt" mit Lee Bach

Diskussionsveranstaltung: Licher Str. 74

(Hörsaalgebäude des Juridicums)
20.00 Uhr

"Kampf gegen vorverlegte und überver-
fassungsgesetzliche Notstände"
mit Jürgen Seifert, Hannover

21. 04.

FREITAG

Film: Kino-Club, Eichendorffring,
19.30 und 22.00 Uhr
"NAZIS, gibts die noch?"
Regie: U. Leinweber
BRD 1977/78 s/w 80'

Demo: Demonstration gegen Lehrerarbeits-
losigkeit, in Kassel
Abfahrt der Busse in Gießen:
13.30 Uhr, Ringallee

Musik: "Im Bierstiefel", 20.00 Uhr
Jazz-Trio '3m hoch 2', Kassel

Wetzlarer Kleinkunsthöhne im Foyer
des Wetzlarer Hofes
WAYS IN JAZZ
mit der Gruppe Orexis

TV: ZDF, 23.05 Uhr
"Das Rettungsboot"
von Alfred Hitchcock

SONNTAG

23.04.

Musik: Kongreßhalle, 20.00 Uhr
"Caro und Climax Blues Band"

Montag

24. 04.

Musik: Im Faß, Frankfurter Str.
Dale King (Blues + Rock'n Roll)

KLEINE FREIHEIT

Buchladen GmbH · Gießen



Basis • Rotbuch • Frauen offensive • Trikont • Wagenbach • Focus •
Roter Stern • Anabas • Politik • Kursbuch • Neue Kritik •
Plusterstrand • Frauen politik • Weizmann • Assoziation • AK •
Merue • AZ • Blatt • links • Alternative • Autonomie • Prokla • AG SPAK • u. u.

FRAUENGRUPPE GIESSEN

FRAUENZENTRUM LUDWIGSTRASSE 44

Dort finden statt:

- Beratung Mi 18 - 20 Uhr
- Frauenrechtsberatung Do 18 - 20 Uhr
- Uni-Gruppe Do 20 Uhr
- offener Sonntag ab 19 Uhr
- Neuenplenum jeden ersten Donnerstag im Monat ab 20 Uhr
- Frauenhausgruppe Do 20.30 Uhr
- jeden 1. Freitag im Monat 20 Uhr offener Abend der Lesbengruppe
- Spendenkonto Bezirkssparkasse Gießen 370665, Kennwort: Frauenhaus (Spenden für ein Haus für mißhandelte Frauen)

DEMOKRATISCHE FRAUENINITIATIVE

Treff: Mi 20 Uhr, Gaststätte Auerhahn Gießen, Grünberger Str. 4

DEUTSCHER KINDERSCHUTZBUND (DKSB)

Michael Klett, Weigelstraße 4, Tel. 23091
Treff: jeden 2. Donnerstag des Monats in der Krofdorfer Straße 136 A

KINDERLÄDEN

INTERESSENGEMEINSCHAFT KINDERTAGESSTÄTTE e.V.
Frankfurter Straße 48, Tel. 75444
zur Zeit sind alle Plätze belegt; erwünscht sind aber schon jetzt Voranmeldungen für das Frühjahr/Sommer 1978

KINDERLADEN SCHIFFENBERGER WEG 44

Zur Zeit sind alle Plätze belegt; die Kinderladenleute geben Tips für Eltern, die einen Kinderladen aufmachen wollen

KINDERLADEN LUDWIGSTRASSE 44

Tel. 73830; auch hier sind alle Plätze belegt

KINDERKRIPPENINITIATIVE

Treff: Di 20 Uhr, Pizza Adria

JUGEND - DROGENBERATUNGSSTELLE

Schanzenstraße 16, Tel. 73303

SELBSTORGANISATION DER ZIVILDIENTSTLEISTENDEN

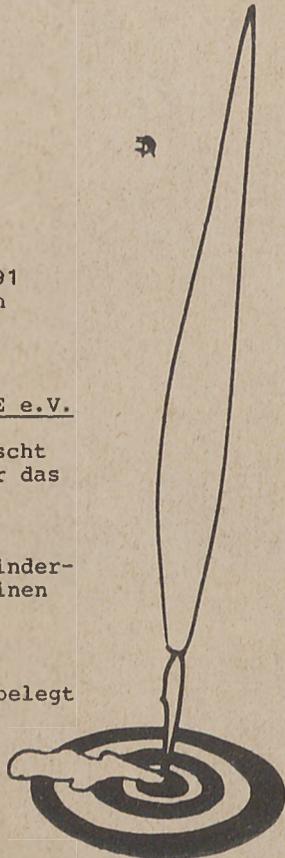
Kontaktadresse: Norbert Bock, Unterhof 41
Treff: Di 20.30 Uhr, Jugendzentrum Kanzleiweg

DEUTSCHE FRIEDENSGESELLSCHAFT/VERBAND DER KRIEGSDIENSTGEGNER (DFG/VK)

Kontakt: Jugendzentrum Kanzleiweg
Treff: Jugendzentrum Kanzleiweg, Mi 18 Uhr
Beratung im Jugendzentrum Kanzleiweg Mi 18-20 Uhr

AKTION DEMOKRATISCHE SOLDATEN (ADS)

Treff: Di 19 Uhr, Jugendzentrum Kanzleiweg



ARBEITSKREIS WESTSTADT

Treff: Mittwoch, 8.2.78, 20 Uhr
dann alle 14 Tage, Krofdorfer Str. 136A

HAUSFRAUENKREIS

Treff: Mittwoch, 15.2.78, 20 Uhr
dann alle 14 Tage, Krofdorfer Str. 136A

SPAK (SOZIALPOLITISCHER ARBEITSKREIS)

Treff: Di 20 Uhr, ESG, Henselstraße 7

INITIATIVGRUPPE EULENKOPF

Treff: Mi 20 Uhr, Gemeinschaftszentrum Eulenkopf, Heyerweg

PROJEKTGRUPPE MARGARETHENHÜTTE

Plenum: Mo 20 Uhr, Margarethenhütte 41
Tel. 77324

GIESSENER SELBSTHILFE

= Entrümpelung, Umzüge ...
Westanlage 46 Hinterhaus, Tel. 73328

OBdachlosenINITIATIVE WETZLAR

Kontakt: Tel. 7022496, Vorwahl Gießen 0641

ABM-STAMMTISCH

Treff: DO 20 Uhr im Bahndamm, Riegelpfad 46
(Treff aller Lehrer, Sozialarbeiter u.ä., die im Rahmen einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme arbeiten)

DEUTSCHE LOHNSTEUERHILFE e.V.

Schillerstraße 19, Tel. 33150
(Besuch bitte telefonisch anmelden)

VERBRAUCHERBERATUNG GIESSEN DER VERBRAUCHER-ZENTRALE HESSEN e.V.

Südanlage 4, Tel. 76234

MIETERVEREIN GIESSEN e.V.

Goethestraße 34, Sprechstunden Di und Fr ab 18 U

LAIENHILFE FÜR PKH

14-tägig Di 20 Uhr, ESG, Henselstraße 7

LIGA GEGEN DEN IMPERIALISMUS

Treff der Internationalen Solidarität und Völkerfreundschaft
Di 20 Uhr, Pizza Adria

NAH-MITTELOST-KOMITEE

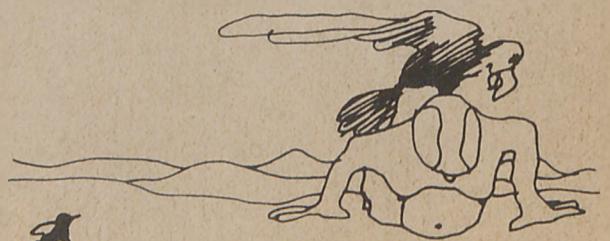
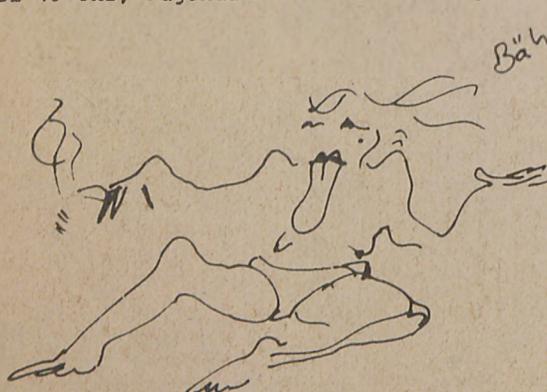
Postadresse: Leihgesterner Weg 16
Treff: Mo 20 Uhr, Pizza Adria

KOMITEE SÜDLICHES AFRIKA

Treff: Mi 20 Uhr, Pizza Adria

LATEINAMERIKA-KOMITEE

Treff: Mo 20 Uhr, ESG, Henselstraße 7



GRUPPEN

TREFFS



TÜRKISCHES ZENTRUM

Blockstraße 13

KATHOLISCHE HOCHSCHULGEMEINDE (KHG)

KHG-Zentrum Kettelerhaus, Wilhelmstraße 28
Tel. 77323

EVANGELISCHE STUDENTENGEMEINDE (ESG)

Henselstraße 7, Tel. 76757

MITARBEITERKREIS (MAK) DER ESG

Treff: Mo 20 Uhr, ESG, Henselstraße 7

AMNESTY INTERNATIONAL

Kontakttelefon: 0641/44851
Treff: Di 18.15 Uhr, ESG, Henselstraße 7
im 2. Stock

RUSSELL-TRIBUNAL (VORBEREITUNGSGRUPPE)

Treff: Mo 17.30 - 20.00 Uhr, ESG, Henselstr.

ANTI-AKW-GRUPPE GIESSEN

Plenum: Mi 20 Uhr, ESG, Henselstraße 7

GEW-STUDENTENGRUPPE

Treff: Mi 20 Uhr, Bahnhofstraße 76

AUSSCHUSS JUNGER LEHRER UND ERZIEHER (AJLE) DER GEW

Treff: Di 18.30 Uhr, Bahnhofstraße 76

LEHRAUFTRÄGLER-STAMMTISCH

Treff: Mo 20 Uhr, Licher Bierstube
(Für alle Leute die an Schulen von
Gießen - und Umgebung - einen Lehr-
auftrag haben)

LEHRERZENTRUM

Kontakt: Andreas Klein, Tel. 23013

JUGENDZENTREN

POHLHEIM 1 (Watzborn-Steinberg)
Zur Aue (neben der Kirche)

LICH
Oberstadt 45, 6302 Lich

HEUCHELHEIM
Brauhausstraße, Tel. 73890

GIESSEN
Kanzleiberg, Tel. 306647

dort finden statt:

- Möbelbaugruppe Do ab 19 Uhr in der Werkstatt
 - Metallbaugruppe Mi ab 19 Uhr
 - Fotogruppe Mi ab 19 Uhr und Fr ab 20 Uhr
 - Gitarrenkurs (el.+akkust.) Fr ab 15.30 Uhr
 - Mädchengruppe Di ab 15 Uhr
 - Jugendarbeitslosigkeit Fr am 18 Uhr
- (Weitere Termine, z.B. die der Verbandsjugend,
der politischen Jugendgruppen und der Gewerk-
schaftsjugend bitte dem Schaukasten entnehmen
oder erfragen.)

ARBEITSKREIS DER JUGENDZENTREN

IM LAHN-DILL-KREIS

Kontakt: Dieter Gawora, Weidenstr. 49 in
Großen-Buseck, Tel.: 06408/4260

ALLGEMEINE STUDENTENAUSSCHÜSSE (ASTA)

ASTA UNI GIESSEN
Leihgesterner Weg 16, Tel. 71558/72143

ASTA RECHTSBERATUNG

Neue Mensa (Otto-Behaghel-Str.) Mo 12 - 13 Uhr
Alte Mensa (Leihgesterner Weg 16) Do 12 - 13 Uhr

ASTA FACHHOCHSCHULE GIESSEN

Wiesenstraße 12, Tel. 33702

SCHWULENGRUPPE (GRUPPE H)

Treff: Do 20.30 Uhr, ESG, Henselstraße 7
Kontakttelefon: Klaus 76210

SELBSTHILFEGRUPPEN

Plenum: Do 18 Uhr, Alte Mensa, Leihgesterner Weg 16

VEREIN ZUR FÖRDERUNG VON KULTUR UND KOMMUNIKATION

Kontakt: AstA Uni Gießen, Leihgesterner Weg 16
Tel.: 71558/72143

BASISGRUPPEN FACHHOCHSCHULE

Treff: Do 20 Uhr, ESG, Henselstraße 7

BASISGRUPPEN UNI

Kontakt: Matthias Mildner, Seltersweg 73, Tel. 76305

JUSO-HOCHSCHULGRUPPE UNI

Kontakt: AstA, Leihgesterner Weg 16, Tel. 71558

INITIATIVE SOZIALISTISCHES ZENTRUM (ISZ)

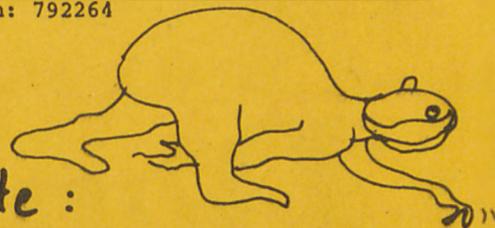
Kontakt: Kurt Walker, Weigelstraße 4, Tel. 23091

SYMPATISANTEN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES (KB)

Diskussionsrundentreff zu erfragen am Bücher-
tisch in der Neuen Mensa Mi und Fr

SOZIALISTISCHE DEUTSCHE ARBEITERJUGEND (SDAJ)

Kontakttelefon: 792264



Das Letzte :

PARTEIEN (dem Alphabet nach)

AKTIONSGEMEINSCHAFT UNABHÄNGIGER DEUTSCHER (AUD)
c/o Bernd Faust, Telefon: 06404/1273

CHRISTLICHE DEMOKRATISCHE UNION (CDU)
Alicenstraße 38, Tel. 75412

DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI (DKP)
Frankfurter Straße 59, Tel. 792264

FREIE DEMOKRATISCHE PARTEI (F.D.P.)
Bleichstraße 36, Tel. 75663

KOMMUNISTISCHER BUND WESTDEUTSCHLAND (KBW)
Steinstraße 27, Tel. 33629

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (SPD)
Aulweg 5, Tel. 72203

... Ende



Demonstration

am 21. April 1978 um 16.30 Uhr in Kassel

Für mehr Freude am Lernen und Lehren.
Gegen Streß, Unlust und Resignation.

Für die Arbeitszeitverkürzung der Lehrer.
Gegen verordnete Mehrarbeit.

Für die pädagogische Freiheit des Lehrers.
Gegen Einschüchterung und Duckmäsertum.

Für die Abschaffung des Unterrichtsausfalls.
Gegen die Kurzarbeit von angestellten Lehrern.

Für die Einstellung aller Lehrer und Erzieher.
Gegen die Kürzung der Anwärterbezüge.